



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2008/2009

Band XVI

Einzelplan 20

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 20	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist	7
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2008	8
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2009	10
Kapitel 20 010 Steuern	12
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	16
Kapitel 20 030 Kommunalen Finanzausgleich	33
Kapitel 20 040 Hochwasserkatastrophe 2002	40
Kapitel 20 050 E-Government	44
Kapitel 20 610 Kapitalvermögen	54
Kapitel 20 630 Liegenschaftsvermögen	59
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	75
Kapitel 20 710 Versorgung	79
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2008	87
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2009	88

VORWORT

Der Einzelplan 20 "Allgemeine Finanzverwaltung" gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. In ihm sind die Einnahmen und Ausgaben, die nicht dem Geschäftsbereich eines einzelnen Ministeriums zuzuordnen sind, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen, nachgewiesen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Bereiche:

Steuereinnahmen,
Allgemeine Bewilligungen,
Finanzausgleich mit Bund und Ländern,
Kommunalfinanzen einschließlich des kommunalen Finanzausgleichs,
Vermögen und Schulden,
Versorgung.

Das Ministerium der Finanzen bedient sich zur Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium unmittelbar bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Teile des Technischen Finanzamtes, der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg, des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen sowie des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen.

Im Einzelnen wird auf die besonderen Ausführungen zu den Kapiteln und auf die Erläuterungen verwiesen.

Zu Kapitel 20 010 - Steuern -

Im Kapitel 20 010 werden alle dem Land zustehenden Steuereinnahmen nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2008 werden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe von	5.438.100.000 EUR
Für das Haushaltsjahr 2009 werden Steuereinnahmen veranschlagt in Höhe von	5.542.100.000 EUR

Zu Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen

Im Kapitel 20 020 sind alle sonstigen, nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben, veranschlagt.

Zu Kapitel 20 030 - Kommunalen Finanzausgleich -

Das Kapitel enthält die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Steuerverbund und sonstige Leistungen).

Den Berechnungen wurden zugrunde gelegt:

Für das Haushaltsjahr 2008:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 81.151.000 EUR)	5.356.949.000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	616.000.000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	246.000.000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1.465.047.000 EUR
Zusammen	7.683.996.000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (40 v. H.) sowie einer allgemeinen Steuerquote (20 v. H.) ergibt sich daraus (einschließlich der Berücksichtigung von -50.000.000 EUR entsprechend § 3 Abs. 2 BbgFAG sowie +57.730 TEUR aus der Steuerabrechnung 2006 und +43.392 TEUR aus der Steuerabrechnung 2007) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von	1.880.931.000 EUR
--------------------	--------------------------

Sie erhöht sich durch zusätzliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV i.H.v. 190.000 TEUR sowie sonstige Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs:

- Familienleistungsausgleich (unter Berücksichtigung der Abrechnung aus 2006 in Höhe von -349 TEUR)	81.151.000 EUR
- Ausgleich für kommunale Zuständigkeit nach AG-SGB XII	312.000.000 EUR
- Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	154.000.000 EUR
- Weitergabe der Wohngeldersparnisse	18.000.000 EUR

auf insgesamt	2.636.082.000 EUR
----------------------	--------------------------

Für das Haushaltsjahr 2009:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburgs (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 83.600.000 EUR)	5.458.500.000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	658.000.000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	248.000.000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1.362.493.000 EUR
Zusammen	7.726.993.000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote für die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (40 v. H.) sowie einer allgemeinen Steuerquote (20 v. H.) ergibt sich daraus (einschließlich der Berücksichtigung von -50.000.000 EUR entsprechend § 3 Abs. 2 BbgFAG sowie +43.392 TEUR aus der Steuerabrechnung 2007) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des Steuerverbundes

in Höhe von 1.811.289.000 EUR

Sie erhöht sich durch zusätzliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Hartz IV i.H.v. 190.000 TEUR sowie sonstige Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs:

- Familienleistungsausgleich	83.600.000 EUR
- Ausgleich für kommunale Zuständigkeit nach AG-SGB XII	312.000.000 EUR
- Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	156.600.000 EUR
- Weitergabe der Wohngeldersparnisse	18.000.000 EUR

auf insgesamt 2.571.489.000 EUR

Darüber hinaus sind die Gemeinden am Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer, der Zinsabschlagsteuer sowie der Umsatzsteuer unmittelbar beteiligt.

Zu Kapitel 20 040 – Hochwasserkatastrophe 2002 -

Im Kapitel 20 040 werden alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Flutopfersolidaritätsgesetzes (Fonds „Aufbauhilfe“) nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 050 – E-Government

Mit der Verabschiedung des Haushaltssicherungsgesetzes hat der Prozess der Verwaltungsmodernisierung maßgeblich an Form, insbesondere durch den Kabinettsbeschluss zur E-Government Strategie (11.02.2003) mit dem dazugehörigen Masterplan und Aktionsplan gewonnen. Zur Umsetzung der E-Government Strategie ist ein nicht mehr losgelöstes Betrachten der einzelnen Verwaltungsmodernisierungsvorhaben konsequent. Die bisher im Kapitel 20 020, Titelgruppe 63 angesiedelten Vorhaben werden nun zentral in einem neuen Kapitel 050 veranschlagt. Ressortübergreifende Vorhaben können besser eingebunden werden, Schnittstellen und Synergieeffekte werden genutzt, um langfristige Kompetenzzentren aufzubauen.

Zu Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 20 610 werden insbesondere die Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH – FBS (früher: Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH -BBF), die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen, die Kapitalzuführung an die Landesentwicklungsgesellschaft i. L. sowie die Inanspruchnahme aus Bürgschaften nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -

Die bisher im Kapitel 20 630 Titelgruppe 60 ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben aus der Verwaltung der Landesbehördenzentren werden mit Gründung des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bauen zum 01.01.2006 in dessen Wirtschaftsplan dargestellt. Der Wirtschaftsplan ist im Kapitel 12 020 Titelgruppe 61 enthalten. Die Verwaltung der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung erbringt der Landesbetrieb auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen die Auflösung des "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 und die Überführung des Vermögens in den Landeshaushalt beschlossen. Dieser abgegrenzte Vermögensbestand des Sondervermögens Grundstücksfonds wurde nach den einzelnen Aufgabenfeldern in folgenden Titelgruppen in den Haushaltsplan aufgenommen:

Titelgruppe 65 – WGT - Liegenschaftsvermögen im AGV

Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche

Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Zu Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -

In diesem Kapitel sind die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Landes Brandenburg enthalten. Die Ausgaben für die Schuldentilgung des Landes sind aus dem Kreditfinanzierungsplan ersichtlich.

Zu Kapitel 20 710 - Versorgung -

Die genaue Höhe der Versorgungsleistungen steht noch nicht fest. Die Ansätze beruhen auf Hochrechnungen/Schätzungen. Seit 1996 sind hier auch die Erstattungen an den Bund für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger, der IST-Ausgaben 2006 und der Haushaltsansätze 2007 - 2011

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Vorjahr gesamt	15	16	16	16	16	16
Zugänge:						
- Ruhestand	1	0	0	0	0	1
- Hinterbliebene	0	0	0	0	0	0
Versorgungsempfänger gesamt	16	16	16	16	16	17
IST-/Sollausgaben	677.468	472.300	500.000	500.000	500.000	508.000

Die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger sind im Kapitel 20 710 Titel 431 10 veranschlagt.

Prognose der Anzahl der Versorgungsempfänger und der Versorgungsleistungen bis 2035

Entsprechend der im Band „Haushaltsgesetz 2007“ näher dargestellten methodischen Grundlagen der langfristigen Prognose der Anzahl der Versorgungsempfänger und der Versorgungsleistungen bis 2035 wird folgende Entwicklung für den Einzelplan 20 erwartet:

	2010	2015	2020	2025	2030	2035
Anzahl	14	13	12	9	4	3
Versorgungsleistungen je nach jährlicher Steigerung der individuellen Versorgungsbezüge (in Mio. EUR):						
bei 0,5 % jährlicher Steigerung	1,0	0,9	0,8	0,6	0,2	0,2
bei 1,0 % jährlicher Steigerung	1,0	1,0	0,9	0,7	0,2	0,2
bei 1,5 % jährlicher Steigerung	1,0	1,0	1,0	0,7	0,3	0,2

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Prognose auf den Daten für die Ende 2005 aktiven Beamten und Richter sowie Versorgungsempfänger beruht. Die Prognose umfasst nicht die Leistungen für Hinterbliebene sowie die Beihilfen für Versorgungsempfänger. Für das Jahr 2010 ergibt sich aufgrund einer im Band „Haushaltsgesetz 2007“ näher erläuterten Prognoseunscharfe für die kurzfristige Perspektive eine Abweichung zu den oben genannten Versorgungsausgaben auf der Basis der mittelfristigen Finanzplanung.

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme und Gemeinschaftsinitiativen des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden in der EU-Förderperiode 2007-2013 Maßnahmen zum Aufbau der Geodateninfrastruktur (GDI) im Land Brandenburg gefördert. Mit dem Aufbau der GDI im Land Brandenburg wird die Verknüpfung von Geodatenangeboten der Fachverwaltungen aber auch anderer Anbieter angestrebt, so dass Geodaten im Internet recherchierbar und analysierbar werden und als komplexe Datenströme transportiert und anschaulich im Internet visualisiert werden können.

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 Titelgruppe 94 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

EU-Förderperiode 2007-2013

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2008	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050/TGr. 94)

Geodateninfrastruktur Maßnahmen des Landes	20 050/633 71	3.026	2.270	-	756
Geodateninfrastruktur Maßnahmen der Kommunen	*	4.440	4.440	-	-
Geodateninfrastruktur Maßnahmen der Wirtschaft	*	493	493	-	-

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2009	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050/TGr. 94)

Geodateninfrastruktur Maßnahmen des Landes	20 050/633 71	3.019	2.264	-	755
Geodateninfrastruktur Maßnahmen der Kommunen	*	4.430	4.430	-	-
Geodateninfrastruktur Maßnahmen der Wirtschaft	*	492	492	-	-

*) Kofinanzierung erfolgt durch Antragsteller

Haushaltsübersicht 2008

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	5.438.100.000				5.438.100.000	
20020	7.200.000	71.704.500	2.593.394.100	85.000.000	2.757.298.600	101.120.000
20030		90.000			90.000	
20040						
20050						
20610		6.794.000			6.794.000	
20630		18.793.100		33.666.600	52.459.700	
20650				207.896.200	207.896.200	
20710		600.000	7.975.000		8.575.000	14.228.100
Summe 2008	5.445.300.000	97.981.600	2.601.369.100	326.562.800	8.471.213.500	115.348.100
Summe 2007	4.955.600.000	89.142.700	2.574.666.100	587.541.000	8.206.949.800	49.939.100
Vgl. zu 2007	+489.700.000	+8.838.900	+26.703.000	-260.978.200	+264.263.700	+65.409.000

Haushaltsübersicht 2008

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
23.684.500	79.552.200		730.000	1.441.400	206.528.100	+5.438.100.000
	2.379.607.800		322.310.000		2.701.917.800	+2.550.770.500
						-2.701.827.800
						0
4.819.600	962.000		3.982.000		9.763.600	-9.763.600
170.000			70.288.000		70.458.000	-63.664.000
18.542.600	1.107.000		2.711.000	30.154.800	52.515.400	-55.700
876.723.600					876.723.600	-668.827.400
	416.158.000				430.386.100	-421.811.100
923.940.300	2.877.387.000		400.021.000	31.596.200	4.348.292.600	+4.122.920.900
896.349.700	2.695.672.300		428.240.600	26.233.600	4.096.435.300	+4.110.514.500
+27.590.600	+181.714.700		-28.219.600	+5.362.600	+251.857.300	+12.406.400

Haushaltsübersicht 2009

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	5.542.100.000				5.542.100.000	
20020	7.200.000	73.578.000	2.522.277.300		2.603.055.300	138.040.000
20030		90.000			90.000	
20040						
20050						
20610		6.794.000			6.794.000	
20630		16.094.600		33.854.800	49.949.400	
20650				106.876.700	106.876.700	
20710		600.000	8.285.000		8.885.000	14.826.700
Summe 2009	5.549.300.000	97.156.600	2.530.562.300	140.731.500	8.317.750.400	152.866.700
Summe 2008	5.445.300.000	97.981.600	2.601.369.100	326.562.800	8.471.213.500	115.348.100
Vgl. zu 2008	+104.000.000	-825.000	-70.806.800	-185.831.300	-153.463.100	+37.518.600

Haushaltsübersicht 2009

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
						+5.542.100.000
20.829.600	54.426.500		150.000	1.542.200	214.988.300	+2.388.067.000
	2.336.310.700		299.748.000		2.636.058.700	-2.635.968.700
						0
3.885.200	963.200		3.550.000		8.398.400	-8.398.400
170.000			52.410.000		52.580.000	-45.786.000
18.929.700	855.000		26.000.000	27.811.500	73.596.200	-23.646.800
912.906.500					912.906.500	-806.029.800
	407.680.000				422.506.700	-413.621.700
956.721.000	2.800.235.400		381.858.000	29.353.700	4.321.034.800	+3.996.715.600
923.940.300	2.877.387.000		400.021.000	31.596.200	4.348.292.600	+4.122.920.900
+32.780.700	-77.151.600		-18.163.000	-2.242.500	-27.257.800	-126.205.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für den Haushaltsplan 2008/2009 sind auf der Grundlage der Schätzungen des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzung" vom November 2007 ermittelt worden. Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt

für das Haushaltsjahr 2008 mit: 5.438.100.000 EUR

für das Haushaltsjahr 2009 mit: 5.542.100.000 EUR

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	910	Lohnsteuer (Landesanteil)	920.000.000	1.182.300.000	1.211.000.000
			913.358.607		

Erläuterungen:

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung) wird geschätzt

für 2008: 2.781.880.000 EUR

für 2009: 2.849.412.000 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v. H. und die Gemeinden 15 v. H. Dem Land verbleiben 42,5 v. H.

für 2008: 1.182.300.000 EUR

für 2009: 1.211.000.000 EUR

012 10	910	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	-80.000.000	4.000.000	-15.900.000
			-127.767.091		

Erläuterungen:

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstigen Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt

für 2008: 9.411.800 EUR

für 2009: - 37.412.000 EUR

Davon entfallen auf den Bund und das Land jeweils 42,5 v. H. und auf die Gemeinden 15 v. H. Von den zu erwartenden Erstattungen muss das Land ebenfalls 42,5 v. H. übernehmen.

Insgesamt erhält das Land einen Betrag von

für 2008: 4.000.000 EUR

für 2009: -15.900.000 EUR

013 10	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	26.000.000	22.400.000	25.000.000
			25.751.190		

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt

für 2008: 44.800.000 EUR

für 2009: 50.000.000 EUR

Davon erhält das Land die Hälfte, einen Betrag von

für 2008: 22.400.000 EUR

für 2009: 25.000.000 EUR

014 10	910	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	180.000.000	140.000.000	144.000.000
			178.633.401		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 014 10

Erläuterungen:

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt
 für 2008: 280.000.000 EUR
 für 2009: 288.000.000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v. H; dem Land verbleiben 50 v. H.
 für 2008: 140.000.000 EUR
 für 2009: 144.000.000 EUR

015 10	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)	2.814.000.000	2.936.900.000	3.014.600.000
			2.717.462.508		

Erläuterungen:

Die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern richtet sich nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20.12.2001 zuletzt geändert durch Artikel 17 des Förderalismusreform-Begleitgesetzes vom 05.09.2006. Die Gemeinden sind an Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu beteiligen.

Der auf das Land Brandenburg entfallende Anteil an der Umsatzsteuer wird geschätzt
 für 2008: 2.936.900.000 EUR
 für 2009: 3.014.600.000 EUR

016 10	910	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	576.000.000	601.500.000	617.400.000
			495.565.346		

Erläuterungen:

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land zu
 für 2008: 601.500.000 EUR
 für 2009: 617.400.000 EUR

017 10	910	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	40.000.000	31.000.000	32.000.000
			46.801.388		

018 10	910	Zinsabschlagsteuer	34.000.000	39.000.000	36.000.000
			41.747.393		

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt
 für 2008: 88.636.000 EUR
 für 2009: 81.818.000 EUR

Davon erhalten der Bund 44 v. H. und die Gemeinden 12 v. H. Dem Land verbleiben 44 v. H.
 für 2008: 39.000.000 EUR
 für 2009: 36.000.000 EUR

052 10	910	Erbschaftsteuer	19.000.000	14.000.000	15.000.000
			16.966.830		

053 10	910	Grunderwerbsteuer	97.000.000	151.000.000	146.000.000
			113.202.368		

054 10	910	Kraftfahrzeugsteuer	259.000.000	259.000.000	260.000.000
			268.728.561		

055 10	910	Totalisatorsteuer	200.000	300.000	300.000
			246.448		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 20 020 Titel 685 10.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		
056 10	910	Andere Rennwettsteuern	0	0	0
			0		
057 10	910	Lotteriesteuer	44.000.000	36.000.000	36.000.000
			45.141.057		
Erläuterungen:					
Lotteriesteuern aus					
<ul style="list-style-type: none"> - Land Brandenburg Lotto - Nordwestdeutsche Klassenlotterie - Ostdeutscher-Sparkassen-Lotterie-Verein 					
Die im Rahmen des PS-Lotterie-Sparens aufgekommenen Steuereinnahmen beinhalten einen Verwaltungskostenanteil von 5 v. H. Das restliche Aufkommen wird an die neuen Bundesländer entsprechend der Anzahl der verkauften Lose abgeführt.					
058 10	910	Sportwettsteuer	0	0	0
			0		
059 10	910	Feuerschutzsteuer	9.000.000	9.000.000	9.000.000
			8.745.206		
<i>Das Steueraufkommen ist vorrangig zur Leistung von Ausgaben bei den Kapiteln 03 710 und 03 750 zu verwenden.</i>					
Erläuterungen:					
Die Feuerschutzsteuer wird vorrangig zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes und für Ausgaben und Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiet verwendet. Die Ausgaben für den Feuerschutz sind im Einzelplan 03 - Kapitel 03 710 und 03 750 - veranschlagt. Ausgaben auf diesem Gebiet können auch aus der Investitionspauschale im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes geleistet werden.					
061 10	910	Biersteuer	9.000.000	11.700.000	11.700.000
			11.591.372		
Erläuterungen:					
Aufgrund der Wiederanwendung der Bestimmungen des am 02.12.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich/ Ungarn geschlossenen Vertrages über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollsystem des Deutschen Reiches erhält Österreich eine Abrechnung seines Einnahmeanteils an den Zöllen und Verbrauchssteuern. In dem Abgeltungsbetrag ist auch ein Biersteueranteil enthalten, der dem Bund von den Ländern, denen das Biersteueraufkommen nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 5 GG zusteht, erstattet werden muss. Der Anteil Brandenburgs beträgt ca. 100 EUR. Die Verrechnung aus diesem Titel erfolgt jährlich gegenüber dem BMF.					
069 10	910	Sonstige Steuern	0	0	0
			15.800		
Summe HGr. 0:			4.947.200.000	5.438.100.000	5.542.100.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	4.947.200.000	5.438.100.000	5.542.100.000
--------	--	---------------	---------------	---------------

Gesamteinnahme		4.947.200.000	5.438.100.000	5.542.100.000
-----------------------	--	----------------------	----------------------	----------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		4.947.200.000	5.438.100.000	5.542.100.000
--------------------------------------	--	----------------------	----------------------	----------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Die Einnahmen Brandenburgs aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich bestehen aus der Umsatzsteuerverteilung und den Ausgleichszahlungen der anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA). Der Bund gewährt ergänzend hierzu Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs.

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

093 10	910	Spielbankabgabe und Zusatzleistungen	8.400.000	7.200.000	7.200.000
			7.929.806		

Siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Gemäß Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Brandenburg (Spielbankgesetz - SpielbG) vom 22.05.1996 ist der Spielbankunternehmer verpflichtet, eine Spielbankabgabe an das Land zu entrichten. Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 des Spielbankengesetzes. Die Kosten für die Spielbankaufsicht werden beim Kapitel 12 050 nachgewiesen. Im Land Brandenburg wird seit 1998 eine Spielbank in Cottbus, seit 2002 eine Spielbank in Potsdam und seit Mai 2006 eine Spielbank in Frankfurt (Oder) betrieben. Der Ansatz beruht auf den Umsatzerwartungen der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & CoKG.

Summe HGr. 0:	8.400.000	7.200.000	7.200.000
---------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			17.597		

Erläuterungen:

Abführungen der Landeshauptkasse von Gutschriften nicht zu ermittelnder Einzahler; ferner Verrechnung von Beträgen aus Altfällen nach ehemaligen DDR-Recht.

123 10	856	Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	542.000	415.000	210.000
			639.384		

Erläuterungen:

Der Ansatz beruht auf den Ertragserwartungen der Nordwestdeutschen Klassenlotterie.

123 20	856	Einnahmen aus der Glücksspielabgabe der Lotterien und Sportwetten des Landes	45.900.000	41.200.000	41.200.000
			49.221.753		

Einnahmen dürfen für Ausgaben bei Titel 632 20 verwendet werden.

Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 685 59.

Erläuterungen:

Die Spielarten (Zahlenlotto, Ergebnis- und Auswahlwetten, Spiel 77, Super 6 sowie Rubbellotterie / Brieflose) werden in Form von nichtstaatlichen Lotterien durch die Land Brandenburg Lotto GmbH im eigenen Namen und für eigene Rechnung gegen eine Glücksspielabgabe durchgeführt. Die Glücksspielabgabe beträgt grundsätzlich 20 v. H. der Umsätze.

132 10	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
			0		

161 25	872	Zinseinnahmen des Landes vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen für Gesellschafterdarlehen	3.933.500	3.961.400	3.961.400
---------------	-----	---	------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
162 10	872	Zinseinnahmen aus den Geldanlagen der Landeshauptkasse	1.100.000 5.547.906	1.100.000	1.100.000
<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 571 10.</i>					
Erläuterungen:					
Für die Anlage zeitweilig freier Kassenmittel und für die Zinserträge der laufenden Konten.					
181 25	872	Darlehensrückflüsse vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen	12.646.600	25.028.100	27.106.600
Summe HGr. 1:			64.122.100	71.704.500	73.578.000
HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
211 10	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Fehlbeträgen	230.000.000 235.953.025	246.000.000	248.000.000
Erläuterungen:					
Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.					
211 11	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes für Kosten politischer Führung	55.220.000 55.220.000	55.220.000	55.220.000
Erläuterungen:					
Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aufgrund überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung gemäß § 11 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz.					
211 12	910	Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1.487.022.000 1.501.673.000	1.465.047.000	1.362.493.000
Erläuterungen:					
Hier sind die Mittel entsprechend § 11 Abs. 3 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) veranschlagt.					
211 40	910	Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen nach dem 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz 4)	190.000.000 190.000.000	190.000.000	190.000.000
Erläuterungen:					
Gem. § 11 Abs., 3a des Gesetzes über den Finanzausgleich erhält das Land Brandenburg zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige jährliche Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.					
211 50 neu	011	Zuweisung des Bundes aus der streckenbezogenen LKW-MAUT		6.000.000	6.000.000
212 10	910	Zuweisungen von anderen Ländern nach Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes	590.000.000 601.530.265	616.000.000	658.000.000
<i>Ausgaben können von der Einnahme abgesetzt werden.</i>					
Erläuterungen:					
Einnahmen aus dem (horizontalen) Länderfinanzausgleich.					
233 10	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	13.405.100 13.405.064	13.405.100	842.300

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 233 10

Erläuterungen:

Die Ausgaben leistet das Land bei Kapitel 20 020 Titel 631 12.

235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Der Titel dient der haushaltstechnischen Verrechnung der bei allen Einzelplänen eingehenden Mittel von der Bundesagentur für Arbeit.

236 10	018	Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Entgeltfortzahlung gemäß Aufwendungsausgleichsgesetz - AAG	0	200.000	200.000
			444.760		

Erläuterungen:

Der Titel dient der zentralen Vereinnahmung der Erstattungen der Krankenkassen.

Im Rahmen der im AAG geregelten Ausgleichsverfahren werden öffentlichen Arbeitgebern die Aufwendungen, die sie aus Anlass der Mutterschaft für Arbeitnehmerinnen zu zahlen haben, erstattet. Dazu gehören folgende Leistungen:

- Zuschuss zum Mutterschaftsgeld
- gezahltes Arbeitsentgelt bei Beschäftigungsverboten nach § 11 MuSchG, einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Beitragszuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung, sowie Arbeitgeberanteile zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen.

Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch die ZBB.

Die Arbeitgeber zahlen einen monatlichen Umlagebeitrag. Die Abführung der Umlage erfolgt monatlich zusammen mit den übrigen Sozialversicherungsbeiträgen und wird unmittelbar aus den jeweiligen Personalkostentiteln gezahlt.

261 10	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	1.100.000	1.100.000	1.100.000
			1.244.755		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge für die Erhebung der Kirchensteuer (3 v. H. des geschätzten Einkommens 2007) durch die Finanzämter.

298 10	871	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	422.000	422.000	422.000
			910.297		

Siehe Vermerk bei Titel 698 10.

Summe HGr. 2:	2.567.169.100	2.593.394.100	2.522.277.300
----------------------	----------------------	----------------------	----------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

351 10	011	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage			
neu					

Mehreinnahmen sind zulässig in Höhe der Ausgaben bei Kapitel 20 710 Titel 919 20.

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	0	0
			0		

359 16	950	Entnahmen aus der Rücklage Altersteilzeit		85.000.000	0
neu					

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 461 20 verwendet werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 359 16

Erläuterungen:

Aufgrund der geringen Inanspruchnahme in den Vorjahren wird die Altersteilzeitrücklage letztmalig im Haushaltsjahr 2007 gebildet. Mit der zentralen Vereinnahmung im Haushaltsjahr 2008 im Epl. 20 wird die Rücklage aufgelöst. Mehreinnahmen über den veranschlagten Betrag hinaus können über den Titel 461 20 zur Verstärkung der Personalbudgets der Einzelpläne verwandt werden, wenn dort ein anders nicht zu deckender Bedarf aufgrund von Nachbesetzungen oder Bindungen aus Altersteilzeiteinbarungen mit Beschäftigten besteht.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(359 14) 011	Entnahme aus der Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften vom 11.08.2003	0	10.478.240		
Summe HGr. 3:			0	85.000.000	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0	0	0
			0		
<hr/> <u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0	0
<hr/> <u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

441 20	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	42.400.000	44.520.000	46.740.000
			39.915.833		

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen für Beamte. Die Beihilfen für Versorgungsempfänger sind bei Kapitel 20 710 Titel 446 10 bis 446 15 veranschlagt.

443 20	940	Fürsorgeleistungen im Bereich der Landesregierung	0	0	0
			0		

461 20	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	62.965.000	56.600.000	91.300.000
			0		

Ausgaben für das Personalbudget der Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden. Mehreinnahmen bei Titel 359 61, die nicht zur Verstärkung der Einzelpläne verwandt wurden, können im Haushaltsjahr 2008 der Rücklage zugeführt werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist zur Deckung von Personalmehrausgaben bestimmt, die aufgrund von Besoldungs- und Tariferhöhungen oder aus anderen unabwiesbaren Gründen entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten.

Die Möglichkeit, Mehreinnahmen aus der Auflösung der Altersteilzeitrücklage im Haushaltsjahr 2008 erneut der Rücklage zuführen zu können, dient der Absicherung anders nicht zu deckender Bedarfe im zweiten Jahr des Doppelhaushalts aufgrund von Nachbesetzungen oder Bindungen aus Altersteilzeitvereinbarungen mit Beschäftigten.

462 10	989	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-68.000.000	0	0
			0		

Erläuterungen:

Mehr wegen Aufteilung der Globalen Minderausgaben auf die Personalbudgets im Rahmen der Hauhaufstellung.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(432 10)	011	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebenen	0	0	0
			0		

(452 10)	011	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger	0	0	0
			29.462.154		

Summe HGr. 4:	37.365.000	101.120.000	138.040.000
---------------	-------------------	--------------------	--------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	169.500	63.000	103.000
			79.003		

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Druckstücke über die Einnahmen und Ausgaben des Landes an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

noch zu 511 10

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1	Geschäftsbedarf	63.000	103.000
2	Bücher, Zeitschriften	0	0
3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0
4	Sonstiges	0	0
Summe		63.000	103.000

Weniger wegen Neuausschreibung der Druckleistung.

526 10	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	30.000	30.000	30.000
			3.801		

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, entsprechend des Bedarfs Mittel zur Bewirtschaftung ressortübergreifend zuzuweisen.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 632 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Erstellung externer Gutachten.

542 00	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch	0	0	0
			264.027		

Die Deckung der Ausgaben erfolgt aufgrund der bei Titel 542 10 in den Einzelplänen 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 14 und 20 ausgebrachten Haushaltsvermerke.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Da das Land als ein Arbeitgeber gilt (§ 77 Abs. 8 SGB IX), können Überbesetzungen mit Unterbesetzungen ressortübergreifend ausgeglichen werden.

546 10	910	Sonstiges	43.000	50.200	47.300
			53.522		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten sowie uneinbringliche Auslagen im Zusammenhang mit Vollstreckungsersuchen entsprechend Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) für das Land Brandenburg an die Landkreise und kreisfreien Städte.

546 15	012	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	3.029.400	1.894.400	1.894.400
			2.598.988		

Erläuterungen:

Servicevereinbarungen mit dem LDS Brandenburg

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Dienstleistungen LDS- HKR-Verfahren	1.500.000	1.500.000
2.	Dienstleistungen LDS - TPVN-Abwicklung Sprachverkehr	84.400	84.400
3.	Dienstleistungen LDS - Leitstand KLR	310.000	310.000
Summe		1.894.400	1.894.400

546 20	299	Kosten für die subsidiäre Versicherung von freiwillig Engagierten	37.200	37.200	37.200
			36.201		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 546 20

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für eine Landesrahmenunfallversicherung und eine Landesrahmenhaftpflichtversicherung für ehrenamtlich Tätige und freiwillig Engagierte, die nicht oder nicht ausreichend anderweitig gesetzlich oder freiwillig versichert sind.

547 59	960	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Verwendung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe für zweckbestimmte ressortübergreifende Vorhaben	0	0	0
			0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 59 geleistet werden.

571 10	920	Zinsen für Kassenkredite	11.500.000	11.500.000	11.500.000
			5.087.191		

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 20 650 Titel 575 10 und Titel 575 20.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 162 10 geleistet werden.

Haushaltsüberschreitungen infolge verstärkt notwendig werdender Aufnahmen von Kassenkrediten zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sind von den Vorschriften über die Vorlage von Nachtragshaushaltsplänen (§ 37 Abs. 1 LHO i. V. mit § 2 Abs. 7 Haushaltsgesetz) ausgenommen.

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zinsbelastung der zeitweilig zur Sicherung der Liquidität notwendigen kurzfristigen Kassenverstärkungskredite.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(511 20)	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	0		
			0		

(549 20)	989	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0		
			0		

aus Titelgruppen: 11.779.300 10.109.700 7.217.700

Summe HGr. 5: 26.588.400 23.684.500 20.829.600

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10	960	Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

631 11	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund (BvS)	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Zur Abrechnung der Verwaltungsvereinbarung über die Verwaltung Liegenschaften Dritter und Schlussrechnung nach Entlastung durch die BvS.

631 12	910	Erstattungen an Bund für Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden	26.810.200	26.810.200	1.684.500
			26.810.130		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		

Angaben in EUR

noch zu 631 12

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen erstatten die Länder zu gleichen Teilen dem Bund als ihren Beitrag zu den Zins- und Tilgungsleistungen für die vom Erblastentilgungsfonds übernommenen Verbindlichkeiten. Bis 2008 ergibt sich für jedes Land ein Beitrag in Höhe von 26.810.129,52 EUR. Ab 2009 bis zur vollständigen Tilgung der Verbindlichkeiten erstattet jedes Land dem Bund jährlich 1.684.421,89 EUR.

Die Erstattungsleistungen sind bis zum 31. Januar des jeweiligen Jahres direkt an den Bund zu zahlen.

632 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	0	0	0
			0		

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 10.

632 20	856	Abführungen auf Grundlage des Staatsvertrages über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Toto- und Lotto-Blocks erzielten Einnahmen	13.490.000	14.310.000	14.310.000
			14.509.977		

Mehrausgaben im Rahmen der Abrechnung des Staatsvertrages über die Regionalisierung werden aus Einnahmen bei Titel 123 20 gedeckt.

Erläuterungen:

Die Auswirkungen aus dem zum 01.07.2004 in Kraft getretenen Staatsvertrag über die Regionalisierung werden kassenmäßig jeweils im Folgejahr wirksam.

636 10	223	Leistungen an Unfallversicherungsträger	16.200.000	16.300.000	16.300.000
			15.448.020		

Erläuterungen:

Für die gesetzlich unfallversicherten Beschäftigten des Landes sind seit 01.01.1998 Beiträge an die Unfallkasse Brandenburg zu zahlen.

684 10	153	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern	915.000	965.000	965.000
			915.000		

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahe stehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen im Land Brandenburg. Die Mittel werden je zur Hälfte auf Stiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahe stehen, welche dauerhafte, ins Gewicht fallende politische Grundströmungen repräsentieren und nach dem endgültigen Ergebnis der letzten drei Landtagswahlen oder bei der letzten Landtagswahl, der letzten Bundestagswahl und der letzten Europawahl mindestens 5 vom Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben; die einer Partei nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung kann auch dann gefördert werden, wenn die Partei im Landtag vertreten ist und in mindestens der Hälfte der Kreistage bzw. Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags vertreten ist. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahe stehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bzw. deren ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenanzahl, so kann die entsprechende parteinahe Stiftung bzw. die ihr nahe stehende kommunalpolitische Vereinigung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil erhalten. Erreicht die Partei auch in der darauf folgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenanzahl, scheiden parteinahe Stiftung und kommunalpolitische Vereinigung aus der Finanzierung aus. Die parteirechtliche Selbständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 - 2 BvE 5/83 - aufgestellt sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen. Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch das MI.

685 10	549	Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	480.000	192.000	192.000
			236.591		

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010, Titel 055 10 erhöhen oder vermindern zu 96 v. H. die Mittel dieses Titels.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 685 10

Erläuterungen:

Nach § 16 RennWLOTTG erhalten Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v.H. des Totalisatorsteueraufkommens für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde. Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz und das Ministerium der Finanzen setzen die Anteile der Rennvereine fest.

685 59	960	Verteilung der Einnahmen aus der Glücksspielabgabe der Lotterien und Sportwetten des Landes	19.035.200 5.116.978	19.895.000	19.895.000
---------------	------------	--	--------------------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben entsprechend der Erläuterungen dürfen nur in Höhe von 4.895.000 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 547 59.

Die Mittel i. H. v. 36 v. H. der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen, mindestens jedoch 15.000.000 EUR, dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 TG 60 (Förderung des Sports) und TG 61 (Sonderförderprogramm "Goldener Plan Ost").

Erläuterungen:

Vom Ansatz wurden 500.000 EUR nach Kapitel 07 040 TG 87 und 30.000 EUR nach Kapitel 03 020 Titel 632 55 umgesetzt.

Einzelplan	Ministerium	Quote v.H.
02	Ministerpräsident	10,93
03	Ministerium des Innern	6,00
04	Ministerium der Justiz	6,00
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport* Bereich Bildung und Jugend	16,00
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	16,00
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	17,07
08	Ministerium für Wirtschaft	6,00
10	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	16,00
11	Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung	6,00
12	Ministerium der Finanzen	0,00
Insgesamt		100,00

* nachrichtlich:

05

36 v. H. der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen, mindestens jedoch 15.000.000 EUR, werden bei dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - Geschäftsbereich Sport - gemäß § 8 Sportförderungsgesetz in Kapitel 05 810 Titelgruppe 60 und Titelgruppe 61 in 2008 und 2009 ausgegeben.

698 10	871	Verwendung der Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	0 121.771	0	0
---------------	------------	--	---------------------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 298 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

aus Titelgruppen:			1.393.000	1.080.000	1.080.000
Summe HGr. 6:			78.323.400	79.552.200	54.426.500

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	950	Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget		0	0
neu			1.380.964		

971 10	988	Globale Mehrausgaben zur Verstärkung von Ausgaben	0 0	0	0
---------------	------------	--	---------------	----------	----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

noch zu 971 10

Erläuterungen:

Veranschlagung von Ausgaben zur Finanzierung der Inanspruchnahme von Haushaltsresten aus in den Vorjahren vereinnahmten Einnahmen.

972 10	989	Globale Minderausgaben	-2.000.000	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(919 14)	011	Rücklage aus der Verschiebung des Auszahlungszeitpunktes der Arbeitnehmerbezüge gemäß den 'Eckpunkten zu einem Solidarpakt zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften' vom 11.08.2003	0	0	
-----------------	------------	---	----------	----------	--

aus Titelgruppen: **1.896.000** **1.441.400** **1.542.200**

Summe HGr. 9: **-104.000** **1.441.400** **1.542.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 62 Neues Finanzmanagement

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 62 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titelgruppe 62 sind übertragbar.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die Einführung und den Betrieb eines flächendeckend neuen Verfahrens für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens, der Anlagenbuchhaltung und der Kosten- und Leistungsrechnung sowie einer Doppik für Behörden und Einrichtungen der Landesverwaltung Brandenburg gemäß Kabinettsbeschluss vom 13.12.2005 (KV 287/05).

511 62	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	935.000	1.240.000	1.430.000
			39.234		

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind veranschlagt für

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Hardware Ausstattung Referat 28	30.000	30.000
2.	Unterhaltung SAP-Lizenzen Neues Finanzmanagement (NFM)	1.210.000	1.400.000
Summe		1.240.000	1.430.000

Mehr wegen Ausweitung des NFM-Projektes auf die gesamte Landesverwaltung.

Vom Ansatz im Jahr 2009 sind 83.000 EUR gesperrt:

Umsetzung von 80 TEUR nach Kapitel 12 010 Titel 526 10.

526 62	011	Sachverständige	4.645.000	5.200.000	2.600.000
			2.449.402		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:	1.000.000	
davon fällig:		
2009 bis zu	1.000.000	
2010 bis zu		
2011 bis zu		
2012 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008	288.753				288.753
2009			1.000.000		1.000.000
2010					
2011					
2012 ff.					
Summen	288.753		1.000.000		1.288.753

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		

Angaben in EUR

noch zu 526 62

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	NFM Los 1 (flächendeckende Einführung HKR, KLR sowie Doppik)	3.207.000	633.000
2.	NFM externe Qualitätssicherung und Weiterentwicklung Produkthaushalt	213.000	50.000
3.	NFM Applikations- und Basisbetreuung	185.000	300.000
4.	NFM Mitwirkungsleistungen	825.000	1.180.500
5.	Einführung Zentralbuchhaltung	480.000	130.000
6.	Landes CCC	290.000	306.500
Summe		5.200.000	2.600.000

Mehr wegen Ausweitung des NFM-Projektes auf die gesamte Landesverwaltung. Der Ansatz beinhaltet Ausgaben für die landesweite Einführungsberatung.

Die Ausgaben gem. Ziffer 5. der Erläuterung sind bis zur Kabinettsentscheidung gesperrt.

Vom Ansatz im Jahr 2008 sind 550.000 EUR und im Jahr 2009 sind 500.000 EUR gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2006 wurden nicht vollständig in Anspruch genommen.

538 62 011 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** 0 1.312.000 1.212.000

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Outsourcing Betrieb Los 1	660.000	600.000
2.	Outsourcing Applikationsbetreuung	652.000	612.000
Summe		1.312.000	1.212.000

Der Titel ist vorgesehen für mögliche externe Vergabe des SAP-Systembetriebes an ein Rechenzentrum.

Vom Ansatz im Jahr 2008 sind 120.000 EUR und im Jahr 2009 sind 20.000 EUR gesperrt.

812 62 011 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen** 1.135.000 630.000 50.000
3.370.400

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	NFM Los 1 Erwerb von Lizenzen	630.000	50.000
Summe		630.000	50.000

Vom Ansatz im Jahr 2008 sind 220.000 EUR gesperrt.

981 62 990 **Erstattungen von Personalkosten** 0 0 0
425.695

Nachrichtlich: Summe TGr. 62 6.715.000 8.382.000 5.292.000

TGr. 63 E-Government

Erläuterungen:

Die Ausgaben für sämtliche E-Government-Projekte werden ab dem Haushaltsjahr 2008 im Kapitel 20 050 veranschlagt.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(538 63) 011 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** 825.000
479.007

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
(545 63)	011	Entgelte für IT-Dienstleister aufgrund von Service-Vereinbarungen	2.894.100		
			2.339.905		
(546 63)	011	Gutachterkosten	500.000		
			6.197		
(632 63)	011	Erstattungen des Landes für gemeinsame Einrichtungen	33.000		
			9.359		
(633 63)	011	Stärkung der Zusammenarbeit Land-Kommunen auf dem Gebiet Kommunales eGovernment - Förderprogramm	100.000		
(981 63)	012	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	0		
			174.500		

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 **4.352.100**

TGr. 80 Verwendung der Spielbankabgabe und der Zusatzleistungen

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Kapitel 20 020 Titel 093 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
Die Ausgaben sind übertragbar.*

Erläuterungen:

Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 Spielbankgesetz. Die Kosten der Spielbankenaufsicht werden dem Einzelplan 12 erstattet.

633 80	910	Zuweisungen an die Spielbankgemeinden	1.260.000	1.080.000	1.080.000
			1.297.325		
<i>Mehrausgaben dürfen bis zu 15 vH der Mehreinnahmen bei Titel 093 10 geleistet werden.</i>					
981 80	990	Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	1.896.000	1.441.400	1.542.200
			1.347.057		

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **3.156.000** **2.521.400** **2.622.200**

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

Einnahmen bei Titel 119 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, für die Weiterentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge sowie für die Einführung eines EDV-Systems für das technisch-operative Beteiligungscontrolling.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	576.700	580.200	583.200
			529.132		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 511 99

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Pflege Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesensystem	474.000	474.000
2.	Pflege HAVWeb BBG	87.200	90.200
3.	Pflege PTS	9.000	9.000
4.	EDV-System Beteiligungscontrolling	10.000	10.000
Summe		580.200	583.200

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Hardware	0	0
2.	Software	0	0
3.	Unterhaltung	580.200	583.200
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		580.200	583.200

525 99 011 Aus- (und Fort)bildung 15.000 20.000 20.000
0

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	20.000	20.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		20.000	20.000

Der Ansatz ist für folgende Projekte vorgesehen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Systembetreuung	10.000	10.000
2.	Schulungen HAVWeb BBG	10.000	10.000
Summe		20.000	20.000

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 1.388.500 1.757.500 1.372.500
1.445.828

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	HAVWeb BBG - Weiterentwicklung	25.000	25.000
2.	Haushaltsinformation	25.000	25.000
3.	Externe Unterstützungsleistungen PPS	6.500	6.500
4.	Externe Unterstützungsleistungen für HKR	60.000	60.000
5.	Zahlbarmachung der Bezüge	1.641.000	1.256.000
Summe		1.757.500	1.372.500

812 99 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 100.000 100.000 100.000
20.455

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 812 99

Erläuterungen:

Der Ansatz ist für folgendes Projekt vorgesehen:

	2008	2009
	EUR	EUR
1. Elektronische Signatur/Verfahrenssicherheit	100.000	100.000
Summe	100.000	100.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 99) 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0
	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	2.080.200	2.457.700	2.075.700
-------------------------------------	-----------	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	16.303.300	13.361.100	9.989.900
---	------------	------------	-----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	8.400.000	7.200.000	7.200.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	64.122.100	71.704.500	73.578.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.567.169.100	2.593.394.100	2.522.277.300
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	85.000.000	0
Gesamteinnahme		2.639.691.200	2.757.298.600	2.603.055.300

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	37.365.000	101.120.000	138.040.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	26.588.400	23.684.500	20.829.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	78.323.400	79.552.200	54.426.500
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.235.000	730.000	150.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	-104.000	1.441.400	1.542.200
Gesamtausgabe		143.407.800	206.528.100	214.988.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		2.496.283.400	2.550.770.500	2.388.067.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Siehe Vermerk bei Kapitel 20 050 Titel 546 17 und 633 10.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	50.000	90.000	90.000
			89.287		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen aus den Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte, die aus dem Titel 633 11 geleistet wurden. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet. Mehr wegen Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

119 15	910	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen aus dem IfG Aufbau Ost (Sonderprogramm). Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

Summe HGr. 1:	50.000	90.000	90.000
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	0	0	0
			0		

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 633 11.

Erläuterungen:

Der Bund kann sich in bestimmten Fällen an den Kosten für Kriegsflüchtlinge, die den Landkreisen und kreisfreien Städten vom Land zunächst in voller Höhe erstattet werden, beteiligen. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Siehe Vermerk bei Kapitel 20 050 Titel 546 17 und 633 10

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	864.318.000	1.013.927.000	992.634.000
			874.269.787		

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG). Vom Ansatz wird ein Betrag von 55.055.000 EUR im Jahr 2008 und 54.136.000 EUR im Jahr 2009 für Vorwegschlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte bereit gestellt.
Die veranschlagten Mittel umfassen auch die Mittel zur Ausführung des § 14a BbgFAG (Mehrbelastungsausgleich für Mittelzentren und Kreisstädte) in Höhe von 26 Mio. Euro.

613 12	910	Schlüsselzuweisungen an Kreise	329.492.000	386.525.000	378.407.000
			302.401.049		

*Die Ausgaben sind übertragbar.
Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.*

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem BbgFAG.

613 13	910	Ausgleich für kommunale Zuständigkeit nach AG-SGB XII	312.000.000	312.000.000	312.000.000
---------------	-----	--	--------------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Bis 2006 in Kapitel 07 070 Titel 633 70 für eine Kostenerstattung an örtliche Sozialhilfeträger vorgesehenen Mittel auf der Grundlage des Art. 2 § 4 Abs. 2 bis 5 des Gesetzes zur Änderung des AG-SGB XII.

Nach der neuen ab 01.01.2007 gültigen Rechtslage, in dem dem örtlichen Trägern der Sozialhilfe per Bundesgesetz die sachliche Zuständigkeit der Sozialhilfe, übertragen wird, hat das Land den Anforderungen nach Art. 99 Satz 2 LV gerecht zu werden und durch einen Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben erfüllen können.

Dies bedeutet, dass die allgemeine Finanzausgleichsmasse entsprechend dem künftigen Umfang der Aufgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe neu zu bestimmen ist. In diese Überlegung zur Bestimmung des Umfangs der notwendigen Finanzausgleichsmasse sind die aufgrund des Wegfalls der nach dem bisherigen System erforderlichen Kostenerstattung wegen übertragener Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe im Einzelplan 07 veranschlagten und nach der künftigen Rechtslage in eben diesem Einzelplan nicht mehr benötigten Haushaltsmittel einzubeziehen. Artikel 2 des AG-SGB XII enthält die entsprechende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.

613 14	910	Ausgleichsfonds	64.669.000	64.669.000	50.000.000
			44.214.094		

*Zuflüsse aus den Titeln 613 11, 613 12 und 613 15 verstärken den Ansatz.
Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

noch zu 613 14

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:	34.000.000	44.000.000
davon fällig:		
2009 bis zu	21.000.000	
2010 bis zu	13.000.000	26.000.000
2011 bis zu		18.000.000
2012 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008	8.653.000	6.100.000			14.753.000
2009			21.000.000		21.000.000
2010			13.000.000	26.000.000	39.000.000
2011				18.000.000	18.000.000
2012 ff.					
Summen	8.653.000	6.100.000	34.000.000	44.000.000	92.753.000

Erläuterungen:

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach dem BbgFAG. Vom Ansatz sind in 2008 bis zu 14.669.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der RL des MLUV vom 20.12.2006 über die Unterstützung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und Zusammenarbeit (Schuldenmanagementfonds) vorgesehen.

Weiterhin sind vom Ansatz bis zu 9.000.000 EUR für eine Verwendung im Rahmen der Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren, der Sicherung der Kompatibilität der technischen Ausstattung der integrierten Leitstellen der kreisfreien Städte und Landkreise untereinander und mit dem Lagezentrum des Landes sowie der Kostenerstattung für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz vorgesehen. Davon ist gem. Konzeption des MI zur Förderung von Stützpunktfeuerwehren vom 17.01.2007 ein Betrag von 5.000.000 EUR jährlich für die Beschaffung von Feuerwehreinsatzfahrzeugen aufzuwenden.

Von den Verpflichtungsermächtigungen 2009 betreffen 10.000.000 EUR gem. Konzeption des MI zur Förderung von Stützpunktfeuerwehren vom 17.01.2007 die Beschaffung von Feuerwehreinsatzfahrzeugen mit jeweils 5.000.000 EUR Fälligkeit in Jahr 2010 und 2011.

613 15	910	Schullastenausgleich	81.000.000	78.000.000	75.000.000
			84.998.254		

Weniger wegen sinkender Schülerzahlen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der anteiligen Finanzierung von Schulkosten nach Maßgabe der Festlegungen im BbgFAG. Die Aufteilung des Ansatzes ist gemäß § 14 Abs. 2-4 BbgFAG vorzunehmen.

613 17	910	Theaterpauschale	13.000.000	13.000.000	13.000.000
			12.999.980		

Die Ausgaben sind übertragbar.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 613 17

Erläuterungen:

Die Aufteilung der Mittel erfolgt entsprechend der Verordnung zur Verteilung der Mittel für die Theater- und Orchesterförderung gemäß § 5 des BbgFAG.

Die Mittelbewirtschaftung obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

613 18	910	Familienleistungsausgleich	80.626.000	81.151.000	83.600.000
			64.812.199		

In 2008 Berücksichtigung der Abrechnung 2006 von -349.000 EUR.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

613 19	910	Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	153.400.000	154.000.000	156.600.000
			154.980.855		

Die Ausgaben sind übertragbar.

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Bei der Ermittlung des Ansatzes wurde eine geringere Erstattung für Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz aufgrund gesunkener Personal- und Sachkosten der Wohngeldstellen durch die Auswirkungen des SGB II in Höhe von 1.800.000 EUR zugrunde gelegt. Für die übrigen übertragenen Aufgaben wurden die jeweiligen Ansätze entsprechend dem Preisindex 2006 (Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes vom 25.1.2007) in Höhe von 1,7 % fortgeschrieben.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Aufgaben vor Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden. Sie werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

613 20	910	Kostenerstattung für übertragene Aufgaben	38.474.400	37.948.500	37.003.900
			38.537.803		

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Aufgaben nach Inkrafttreten der Kommunalverfassung am 05.12.1993 übertragen worden. Von dem Gesamtansatz entfallen auf die Kostenerstattung nach:

	2008	2009
	EUR	EUR
- Art. 5 des Ersten Funktionalreformgesetzes (Kataster- und Vermessungsämter)	30.557.200	29.612.600
- dem Brandenburgischen Wassergesetz	4.068.800	4.068.800
- Artikel 1 - 4 des Dritten Funktionalreformgesetzes	1.248.600	1.248.600
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfall- und Bodenschutzrechts	291.900	291.900
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten zur Durchführung von Landesprogrammen zur Förderung von landwirtschaftlichen Maßnahmen und zur Durchführung umweltgerechter und den natürlichen Lebensraum schützenden landwirtschaftlichen Produktionsverfahren	266.600	266.600
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Futtermittelrechts sowie zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	896.400	896.400
- der Verordnung auf dem Gebiet des Düngemittelrechts	207.000	207.000
- der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer- und Asylverfahrensrecht	412.000	412.000
Summe	37.948.500	37.003.900

623 10	910	Hilfen an Kommunen und Zweckverbände für Altfinanzierungsprobleme im Abwasserbereich	3.637.300	3.637.200	3.637.200
			3.637.156		

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

noch zu 623 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008	3.637.200				3.637.200
2009	3.637.200				3.637.200
2010	3.637.200				3.637.200
2011	3.635.200				3.635.200
2012 ff.	2.818.400				2.818.400
Summen	17.365.200				17.365.200

Erläuterungen:

Titel wird nur noch zur ratenweisen Rückzahlung eines Darlehens der ILB genutzt, welches seinerseits an die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung entsprechend der Richtlinie des MI über die Gewährung von Finanzhilfen zur Kostenentlastung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung (Liquiditätshilfefonds-LHF) gewährt wurde. Die Mittel werden vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz bewirtschaftet.

633 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landkreise und kreisfreien Städte (für Regelung offener Vermögensfragen)	6.500.000 5.918.352	5.500.000	5.000.000
---------------	------------	---	-------------------------------	------------------	------------------

Von den veranschlagten Ausgaben sind 463.252 EUR zweckgebunden für die Wartung und Pflege des DV-Fachverfahrens der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen vorgesehen. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für verauslagte Sachkosten auf die Ausgaben angerechnet werden. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) werden die Aufgaben der unteren Landesbehörden den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. Das Land erstattet die personellen und sächlichen Verwaltungskosten. Wegen der fortschreitenden Erledigung der offenen Vermögensfragen wird die Personalausstattung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ab 1998 zurückgeführt. Siehe auch Kapitel 12 080 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

Weniger wegen Rückführung der Personalausstattung in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen.

633 11	234	Erstattung von Kosten für die Unterbringung, Sozialleistungen und Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge und Aussiedler sowie nach § 108 SGB XII	28.493.200 24.715.414	21.250.100	21.428.600
---------------	------------	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 6 Landesaufnahmegesetz vom 19.12.1996 (GVBl. I S. 360), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26.04.2005 (GVBl. I S. 170), in Verbindung mit der Erstattungsverordnung vom 29.01.1999 (GVBl. II S. 99), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26.09.2005 (GVBl. II S. 508), der Erstattung der Kosten nach § 108 SGB XII (Einreise aus dem Ausland), sowie der Erstattung der Kosten von Gesundheitsuntersuchungen gemäß § 62 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz und § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 (GVBl. II S. 423).

Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet.

Weniger wegen Fallzahlrückgang und Umsetzung von 100.000 EUR nach Kapitel 03 810 Titel 526 20.

633 40	011	Zuweisungen für Soziallastenausgleich	190.000.000 229.979.870	190.000.000	190.000.000
---------------	------------	--	-----------------------------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Kommunalen Finanzausgleich

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
633 42	011	Weitergabe der Wohngeldersparnisse abzüglich USt-Minder- einnahmen des Landes gemäß § 5 BbgAG-SGB II	18.000.000 17.780.697	18.000.000	18.000.000
<i>Die Ausgaben sind übertragbar. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.</i>					
<hr/> Summe HGr. 6:			2.183.609.900	2.379.607.800	2.336.310.700
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
883 12	910	Investive Schlüsselzuweisungen	327.145.000 331.089.937	322.310.000	299.748.000
Erläuterungen: Die Mittel werden auf der Grundlage des BbgFAG eingesetzt.					
<hr/> Summe HGr. 8:			327.145.000	322.310.000	299.748.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	50.000	90.000	90.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		50.000	90.000	90.000

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.183.609.900	2.379.607.800	2.336.310.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	327.145.000	322.310.000	299.748.000
Gesamtausgabe		2.510.754.900	2.701.917.800	2.636.058.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.510.704.900	-2.701.827.800	-2.635.968.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
Angaben in EUR					

Erläuterungen:

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufbauhilfengesetzes vom 11.12.2006 wurde der Aufbauhilfensfonds aufgelöst und das Vermögen des Fonds ist unter Beibehaltung der bisherigen Zweckbindung auf den Bund und die Länder als Teilgläubiger übergegangen. Im Land Brandenburg werden die noch verfügbaren Ausgabemittel bis 2010 zur Schadensbeseitigung infolge des Hochwassers 2002 zugunsten von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum verwendet.

Die Bewirtschaftung erfolgt durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	699	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			14.931		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen nach Prüfung der Verwendungsnachweise.

Summe HGr. 1:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 30	699	Zuweisungen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(231 10)	699	Zuweisungen für das Sonderprogramm "Hochwasser" im Rahmen der Bund/Länder Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA)	0	0	0
			0		
(231 20)	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	0
			0		
(231 40)	699	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0	0	0
			0		
(231 50)	699	Zuweisungen des Bundes für Hochwasserhilfen außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	0
			1.955.601		
(272 10)	699	Zuschüsse aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	0
			0		

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufbauhilfefondsgesetzes vom 11.12.2006 wurde der Aufbauhilfefonds aufgelöst und das Vermögen des Fonds ist unter Beibehaltung der bisherigen Zweckbindung auf den Bund und die Länder als Teilgläubiger übergegangen. Im Land Brandenburg werden die noch verfügbaren Ausgabemittel bis 2010 zur Schadensbeseitigung infolge des Hochwassers 2002 zugunsten von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastruktur im ländlichen Raum verwendet.

Die Bewirtschaftung erfolgt durch das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz.

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(681 20)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	
(681 30)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0	0	
(681 40)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0	0	
(681 50)	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0	0	
(681 51)	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0	0	

Summe HGr. 6:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 7: Baumaßnahmen

711 30	699	Wiederherstellung der durch das Hochwasser beschädigten wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen	0	0	
			1.924.175		

Summe HGr. 7:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 10)	699	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	
(883 20)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0	0	
(883 30)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	0	0	
(883 40)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	0	150.017	

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 040 Hochwasserkatastrophe 2002

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
(883 50)	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0		
			0		
(883 51)	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0		
			0		
(892 10)	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft	0		
			0		
(892 20)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft	0		
			0		
(892 30)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	0		
			0		
(892 40)	699	Hochwasserhilfen im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung	0		
			0		
(892 50)	699	Hochwasserhilfen des Landes Brandenburg außerhalb der Bund-Länder-Vereinbarungen	0		
			0		
(892 51)	699	Verwendung der Einnahmen aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union	0		
			0		
Summe HGr. 8:			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 7	Baumaßnahmen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
Gesamtausgabe		0	0	0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 050 E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	950	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	0
--------	-----	---	---	---

neu

		Summe HGr. 3:	0	0
--	--	---------------	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 71 Aufbau einer Geodateninfrastruktur

Siehe Vermerke bei den Ausgaben der Titelgruppe 71.

359 71	692	Entnahme aus der Rücklage	0	0
neu				

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 71	0	0
-----------------------	---------------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0
-----------------------	----------------------------------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Ausgaben für E-Government waren bis zum Haushaltsjahr 2007 bei Kapitel 20 020 TGr. 63 veranschlagt.

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10 neu	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	355.000	175.000
----------------------	-----	---	----------------	----------------

Erläuterungen:

Zur Vorbereitung, Unterstützung und Absicherung landesweiter E-Government-Aufgaben werden durch die E-Government- und IT-Leitstelle des Landes Brandenburg im Ministerium des Innern Gutachten und andere Dienstleistungen für Organisationsentwicklung und Projektmanagement sowie deren Begleitung extern beauftragt. Durch einen langfristigen Aufbau von Projektmanagement-Kompetenz sollen Geschäftsprozesse optimiert und geeignete Projektstrukturen entwickelt werden.

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Feinkonzept Normgebungsverfahren (MdJ)	180.000	0
2.	Projektmanagement	100.000	100.000
3.	Sonstiges	75.000	75.000
	Summe	355.000	175.000

538 10 neu	011	Ausgaben für Aufträge und Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	212.000	212.000
----------------------	-----	---	----------------	----------------

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 538 63.

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Pflegevertrag Governikus (OSCI) mit Erweiterungen	152.000	152.000
2.	Entwicklung / Durchführung von e-learning Pilotkursen	40.000	40.000
3.	Konzept und Ausbau E-Government-Netzwerk	20.000	20.000
	Summe	212.000	212.000

538 11 neu	011	Errichtung einer Zentralen Beschaffungsstelle	300.000	200.000
----------------------	-----	--	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind sowohl vorgesehen für die Schaffung der IT-technischen Voraussetzungen einer elektronischen Beschaffungsplattform als auch für Errichtung der elektronischen Beschaffungsplattform selbst. Die elektronische Beschaffungsplattform ist Bestandteil des landesweiten sich in der Etablierung befindlichen ERP-Systems. Mittels dieser sollen künftige Bedarfsstellen wie Behörden, Einrichtungen, Betriebe der unmittelbaren Landesverwaltung sowie kommunale Einrichtungen bedient werden.

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 546 63.

546 15 neu	011	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	60.000	60.000
----------------------	-----	--	---------------	---------------

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 538 63 und 545 63.

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Betrieb einer Veröffentlichungsplattform	20.000	20.000
2.	Pflegekosten für das Deutsche Verwaltungsdienste Verzeichnis und den Produktionsmaster	40.000	40.000
	Summe	60.000	60.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

546 16 011 Entgelte an den IT-Dienstleister für Errichtung eines Computer Emergency Response Team (CERT) 206.600 206.200
neu

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 538 63.

Das Computer Emergency Response Team (CERT) alarmiert bei Sicherheitsvorfällen in der Landesverwaltung, analysiert diese und erstellt Sicherheitsempfehlungen. Zur Aufgabenwahrnehmung soll als zentrale technische Komponente ein Intrusion Detection System (IDS) im Landesverwaltungsnetz zum Einsatz kommen und mit einem landesspezifischen Sicherheits- und Warndienst ergänzt werden.

546 17 011 Entgelte an den IT-Dienstleister für Service.brandenburg.de 1.998.000 1.845.000
neu

Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen im Kapitel 20 030, die im sachlichen Zusammenhang mit den Ausgaben für den Bereich E-Government stehen, dürfen zur Verstärkung der Ausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 545 63.

Die Mittel für weitere Fachverfahren dienen der Einbindung elektronischer Verwaltungsdienstleistungen in die Basisinfrastruktur von service.brandenburg.de (Nutzung der Basiskomponenten). Für die Realisierung der Fachverfahren selbst sind die Anbieter der Landes- und Kommunalverwaltung zuständig.

	2008	2009
	EUR	EUR
1. Betrieb von Service.brandenburg.de	1.050.000	900.000
2. Einbindung weiterer Fachverfahren	948.000	945.000
Summe	1.998.000	1.845.000

aus Titelgruppen: 1.688.000 1.187.000

Summe HGr. 5: 4.819.600 3.885.200

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10 011 Erstattungen für gemeinsame Einrichtungen der Länder 95.500 98.500
neu

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 632 63.

Veranschlagt sind Ausgaben für die Beteiligung des Landes Brandenburg an Projektvereinbarungen zur Fortschreibung bestehender länderübergreifender Projekte und zum Abschluss neuer Vereinbarungen.

633 10 011 Stärkung der Zusammenarbeit Land-Kommunen auf dem Gebiet E-Government 100.000 100.000
neu

Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen im Kapitel 20 030, die im sachlichen Zusammenhang mit den Ausgaben für den Bereich E-Government stehen, dürfen zur Verstärkung der Ausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 633 63.

In der Gemeinschaftsinitiative des Landes und der Kommunen, "eBürgerdienste für Brandenburg vom 31.01.2005" einigten sich die Vereinbarungspartner auf ein die kommunale Selbstverwaltung wahrendes, koordiniertes und kooperatives Vorgehen bei der Verfolgung ihrer E-Government-Aktivitäten. Ziel der Förderung ist es, Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Wirtschaft einerseits sowie den Informationsaustausch zwischen Landes- und Kommunalbehörden andererseits zu vereinfachen, zu beschleunigen und zu verbessern.

aus Titelgruppen: 766.500 764.700

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 050 E-Government

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 6: 962.000 963.200

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10 950 Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget 0 0
neu

Summe HGr. 9: 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 70 Technologische Erneuerung der Vermessungsverwaltung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben zur technologischen Erneuerung der Vermessungsverwaltung mit konsequenter Ausrichtung auf elektronische Geschäftsprozesse. Die Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung bilden unter anderem die Grundlage zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur (siehe Titelgruppe 71) und zur Visualisierung der Fachdaten der Landesverwaltung, der Kommunen und der Wirtschaft. Mit der Realisierung der Projekte und IT-Investitionen der Vermessungsverwaltung stehen auf Grundlage internationaler Normen und Standards die Informationen des Liegenschaftskatasters (ALKIS), der Geotopographie (ATKIS) und des Raumbezugs (AFIS) bundesweit einheitlich und anwendungsneutral zur Verfügung.

Gesamtkosten	13.627.000
verausgabt bis 2007	1.422.000
Vorbehalten	12.205.000
veranschlagt 2008	3.630.000
veranschlagt 2009	3.605.000
vorbehalten	4.970.000
vorgesehen 2010	2.475.000
vorgesehen 2011	2.495.000

538 70 neu	421	Ausgaben für Aufträge und Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	340.000	290.000
----------------------	-----	---	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Vergabeleistungen, insbesondere für externe Beratung und Begleitung der Beschaffungsmaßnahmen.

812 70 neu	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	3.290.000	3.315.000
----------------------	-----	--	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:	7.000.000	
davon fällig:		
2009 bis zu	3.000.000	
2010 bis zu	2.000.000	
2011 bis zu	2.000.000	
2012 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008					
2009			3.000.000		3.000.000
2010			2.000.000		2.000.000
2011			2.000.000		2.000.000
2012 ff.					
Summen			7.000.000		7.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

noch zu 812 70

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Hardware	800.000	1.020.000
1.2	Software	1.475.000	1.615.000
1.3	Infrastruktur/Systemintegration	1.015.000	680.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>3.290.000</i>	<i>3.315.000</i>
	Summe	3.290.000	3.315.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 3.630.000 3.605.000

TGr. 71 Aufbau einer Geodateninfrastruktur

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 359 71 geleistet werden.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Erläuterungen:

Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden in der EU-Förderperiode 2007-2013 Maßnahmen zum Aufbau der Geodateninfrastruktur (GDI) im Land Brandenburg gefördert. Mit dem Aufbau der GDI im Land Brandenburg wird die Verknüpfung von Geodatenangeboten der Fachverwaltungen und anderer Anbieter angestrebt, so dass Geodaten im Internet recherchierbar und analysierbar werden und als komplexe Datenströme transportiert und anschaulich im Internet visualisiert werden können.

EU-Mittel

Mit den veranschlagten Ausgaben werden die bei Kapitel 08 050 Titelgruppe 94 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

		Finanzierung aus				
		Gesamtausgaben des Projektes	EU-Mitteln	Landesmitteln	kommunalen Mitteln	Mitteln der Wirtschaft (KMU)
Gesamtkosten		38.933.400	29.200.000	3.066.700	4.666.700	2.000.000
Verausgabt bis	2007	666.600	500.000	52.500	79.900	34.200
vorbehalten		38.266.800	28.700.000	3.014.200	4.586.800	1.965.800
veranschlagt	2008	9.604.300	7.203.200	756.500	1.151.200	493.400
veranschlagt	2009	9.581.400	7.186.000	754.700	1.148.500	492.200
vorbehalten		19.081.100	14.310.800	1.503.000	2.287.100	980.200
vorgesehen	2010	9.554.100	7.166.400	751.500	1.145.300	490.900
vorgesehen	2011	9.527.000	7.144.400	751.500	1.141.800	489.300

KMU = Kleine und mittlere Unternehmen

632 71 692 Erstattungen des Landes für gemeinsame Einrichtungen 10.000 10.000
neu

Erläuterungen:

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Kapitel 20 020 Titel 632 63.

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäfts- und Koordinierungsstelle GDI-DE	10.000	10.000
	Summe	10.000	10.000

633 71 692 Zuweisungen zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur 756.500 754.700
neu

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Beim Jahresabschluss verbleibende Minderausgaben dürfen in voller Höhe der Rücklage zugeführt werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

noch zu 633 71

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:	350.000	350.000
davon fällig:		
2009 bis zu	350.000	
2010 bis zu		350.000
2011 bis zu		
2012 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008					
2009			350.000		350.000
2010				350.000	350.000
2011					
2012 ff.					
Summen			350.000	350.000	700.000

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Landes an den Ausgaben für Vergabeleistungen für die Konzeption und den technischen Aufbau von Infrastrukturknoten und Portalen, Vergabeleistungen für die Bereitstellung von Internetdiensten für Geodatenangebote, Vergabeleistungen für die Aufbereitung von Geodaten und Erfassung der zugehörigen Metadaten, sowie die Beschaffung von Hard- und Software, soweit sie für die Datenaufbereitung erforderlich ist oder Bestandteil der GDI Brandenburg wird und förderfähig sind.

671 71 692 **Entgelte an den Geschäftsbesorger** 0 0
neu

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

919 71 692 **Zuführung zur Rücklage** 0 0
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 **766.500** **764.700**

TGr. 72 Einführung eines Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems

*Die Ausgaben sind nach § 24 Abs. 3 LHO gesperrt.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Erläuterungen:

Gemäß der IT-Strategie 2004-2008 sind der Aufbau eines ressortübergreifenden Vorgangverbundes und die Bereitstellung eines einheitlichen landesweiten elektronischen Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) vorgesehen.

Die Kostenschätzung beruht auf den Erfahrungen aus dem entsprechenden, bis 2007 durchgeführten Pilotprojekt des Ministeriums des Innern. Die für die Ausweitung auf die gesamte Landesverwaltung erforderlichen detaillierten haushaltsbegründenden Unterlagen werden derzeit erstellt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Gesamtkosten	5.372.000
veranschlagt 2008	2.040.000
veranschlagt 2009	1.132.000
vorbehalten	2.200.000
vorgesehen 2010	1.200.000
vorgesehen 2011	1.000.000

511 72	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	236.000	184.000
---------------	-----	--	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Hardware	147.000	48.000
2.	Software	89.000	136.000
3.	Unterhaltung	0	0
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		236.000	184.000

525 72	011	Aus- und Fortbildung	166.000	0
---------------	-----	-----------------------------	----------------	----------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Schulung der Administratoren und der Dozenten.

538 72	011	Ausgaben für Aufträge und Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	693.000	282.000
---------------	-----	---	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Anpassung in den Ressorts sowie Ausgaben für die Einführungsunterstützung.

546 72	011	Entgelte an den IT-Dienstleister für den Betrieb eines Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS)	253.000	431.000
---------------	-----	---	----------------	----------------

neu

812 72	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	692.000	235.000
---------------	-----	--	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

		2008	2009
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Hardware	692.000	235.000
1.2	Software	0	0
1.3	Infrastruktur/Systemintegration	0	0
Summe zu 1.		692.000	235.000
Summe		692.000	235.000

Nachrichtlich:	Summe TGr. 72	2.040.000	1.132.000
-----------------------	----------------------	------------------	------------------

Nachrichtlich:	Summe Ausgaben der Titelgruppen	6.436.500	5.501.700
-----------------------	--	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
--------	---	---	---

Gesamteinnahme		0	0
-----------------------	--	----------	----------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.819.600	3.885.200
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	962.000	963.200
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.982.000	3.550.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0

Gesamtausgabe		9.763.600	8.398.400
----------------------	--	------------------	------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-9.763.600	-8.398.400
--------------------------------------	--	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

121 10	872	Gewinne aus Kapitalanteilen an Landesgesellschaften (Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts)	3.500.000	3.500.000	3.500.000
			23.923.001		

Erläuterungen:

Ausschüttung von Dividenden.

134 10	872	Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen sowie aus sonstigen Aus- und Rückzahlungen von Kapitalanteilen	96.000	96.000	96.000
			3.678.869		

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen.

141 10	680	Bürgschaftsentgelte	1.236.000	1.445.000	1.445.000
			1.445.746		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Land zustehenden Anteile an den Bürgschaftsentgelten für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsprogramme.

Mehr durch weitere Bürgschaftsübernahmen.

141 20	062	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	1.500.000	1.753.000	1.753.000
			2.165.470		

Erläuterungen:

Rückflüsse und andere Einnahmen aus der Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- oder ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen.

162 10	872	Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
			2.883		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinserträge noch nicht abgerufener Mittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

181 10	872	Darlehensrückflüsse aus dem Inland	0	0	0
			5.000		

Erläuterungen:

Rückflüsse von Teilbeträgen aus gewährten Darlehen.

Summe HGr. 1:	6.332.000	6.794.000	6.794.000
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	859	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	115.000	170.000	170.000
			137.538		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für die Geschäftsbesorgung zur Bearbeitung von Gewährleistungen (u. a. Prozesskosten für Rechtsstreitigkeiten aus Bürgschaften).

Mehr wegen erhöhter Prozesskosten in Folge höherer Streitwerte.

Summe HGr. 5:	115.000	170.000		170.000
---------------	----------------	----------------	--	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

831 10	872	Erwerb von Kapitalanteilen an Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts	10.000	10.000	10.000
			0		

Erläuterungen:

Ausgaben für die Kapitalausstattung landesbeteiligter Unternehmen.

831 11	872	Kapitalzuführung an die Neuen Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i. L. (NLG i. L.)		1.268.000	0
neu					

Erläuterungen:

Der Ansatz in 2008 dient der Absicherung einer Einstandserklärung der ostdeutschen Länder als Gesellschafter gegenüber der NLG i. L.

831 12	872	Kapitalzuführung zur Landesentwicklungsgesellschaft i. L.	21.400.000	21.400.000	14.270.000
			22.000.000		

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Erfüllung von Verbindlichkeiten der LEG i. L.

862 10	872	Gewährung von Gesellschafterdarlehen an landesbeteiligte Unternehmen	0	0	0
			0		

871 10	680	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen	20.000.000	20.000.000	20.000.000
			23.956.882		

Erläuterungen:

Die Höhe der Ausfälle ist abhängig vom Bewilligungsvolumen und der voraussichtlichen Entwicklung der durch Bürgschaften geförderten Unternehmen. Der Ansatz ist geschätzt.

aus Titelgruppen:	54.810.000	27.610.000		18.130.000
--------------------------	-------------------	-------------------	--	-------------------

Summe HGr. 8:	96.220.000	70.288.000		52.410.000
---------------	-------------------	-------------------	--	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.

Erläuterungen:

Das Finanzierungskonzept für den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) sieht eine Innenfinanzierung der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS), Bankkredite sowie Eigenmittel der Gesellschafter Land Berlin, Land Brandenburg und des Bundes vor. Danach sollen die Gesellschafter im Zeitraum von 2005 bis 2010 insgesamt 430 Mio. EUR der FBS zur Verfügung stellen. Das Land Brandenburg hat davon - entsprechend seinem Gesellschafteranteil an der FBS von 37 vH - einen Anteil in Höhe von 159,1 Mio. EUR zu übernehmen. Der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg haben sich außerdem über die Finanzierung der Verkehrsanbindung für den Flughafen BBI grundsätzlich geeinigt. Der Bund finanziert die Straßenanbindung in Höhe von 74 Mio. EUR. Von den Kosten der Schienenanbindung in Höhe von 496 Mio. EUR trägt das Land Brandenburg einen Anteil in Höhe von 30 Mio. EUR.

831 60	759	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)	38.810.000	21.610.000	18.130.000
			38.000.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:		17.760.000
davon fällig:		
2009 bis zu		
2010 bis zu		17.760.000
2011 bis zu		
2012 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008	21.000.000				21.000.000
2009	36.000.000				36.000.000
2010				17.760.000	17.760.000
2011					
2012 ff.					
Summen	57.000.000			17.760.000	74.760.000

Erläuterungen:

Die Verpflichtungsermächtigung 2006 für 2009 ff wird ausweislich des BBI-Finanzierungsplans im Jahr 2009 nur in Höhe von 18.130.000 EUR in Anspruch genommen. Im Haushaltsjahr 2009 ist demnach für 2010 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 17.760.000 EUR einzustellen.

891 60	759	BBI Schienenverkehrsanbindung	16.000.000	6.000.000	0
			8.000.000		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

noch zu 891 60

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008	6.000.000				6.000.000
2009					
2010					
2011					
2012 ff.					
Summen	6.000.000				6.000.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **54.810.000 27.610.000 18.130.000**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **54.810.000 27.610.000 18.130.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	6.332.000	6.794.000	6.794.000
--------	---	-----------	-----------	-----------

Gesamteinnahme		6.332.000	6.794.000	6.794.000
-----------------------	--	------------------	------------------	------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	115.000	170.000	170.000
--------	---	---------	---------	---------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	96.220.000	70.288.000	52.410.000
--------	--	------------	------------	------------

Gesamtausgabe		96.335.000	70.458.000	52.580.000
----------------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-90.003.000	-63.664.000	-45.786.000
--------------------------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Beim Liegenschaftsvermögen werden auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit Grundstücken entstehen, die dem Land als Fiskalerbe zugefallen sind und von ihm verwertet werden.
Der Landtag hat am 31.03.2004 mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen" die Auflösung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" und die Überführung des Vermögensbestandes in den Landeshaushalt beschlossen.
Zur transparenten Darstellung der Übernahme des abgegrenzten Vermögensbestandes des ehemaligen Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" in den Haushaltsplan wurden die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Aufgabenfelder in verschiedenen Titelgruppen strukturiert:
Titelgruppe 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV
Titelgruppe 66 - Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche (LgBÄ)
Titelgruppe 67 - Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des Bodenreformvermögens.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	871	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Erwartete Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums der Finanzen.

119 10	871	Sonstige Einnahmen	115.000	115.000	115.000
			240.112		

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus Rückzahlungen aus den Vorjahren wie Steuerrückerstattungen und Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

124 10	871	Mieten und Pachten	2.068.600	1.800.000	1.600.000
			1.718.400		

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken des allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	378.000	336.000
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	725.400	644.800
3.	Sonstige Einnahmen	696.600	619.200
Summe		1.800.000	1.600.000

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2006 und Veräußerung von Grundstücken/Liegenschaften.

131 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	2.100.000	1.972.000	1.915.000
			15.498.891		

Siehe Haushaltsvermerk Abs. 1 und 2 bei Titel 821 10.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren zu hoch vereinnahmter Veräußerungserlöse - insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Einnahmen abgesetzt werden. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 20 630 Titel 821 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes nicht benötigt werden. Weniger wegen abnehmenden Portfolio durch vorgezogene Verwertungen in den Jahren 2006 und 2007.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
131 11	871	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgebäuden	0	0	0
			0		
<p><i>Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben für den Bereich 00110 71111 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bei Forstgebäuden und für den Bereich 0011072110 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Maßnahmen der Landesforstverwaltung des Investitionsplanes Teil B verwendet werden.</i> <i>Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.</i> <i>Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i></p> <p>Erläuterungen: Dauerhaft für Landeszwecke entbehrliche ehemalige Forstgebäude sollen veräußert werden.</p>					
131 13	871	Erlöse aus der Verwertung von ehemals land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögen nach der 3. DVO zum Treuhandgesetz	1.500.000	2.000.000	1.800.000
			6.670.529		
<p><i>siehe Vermerk bei Titel 671 13</i></p> <p>Erläuterungen: Mehr wegen höherer Einnahmen aus der Verwertung des ehemals preußisch land- und forstwirtschaftlich genutzten Vermögens.</p>					
131 20	062	Einnahmen aus Veräußerungserlösen zugunsten des Entschädigungsfonds oder Dritter	0	0	0
			0		
<p><i>Siehe Haushaltsvermerk Satz 1 bei Titel 821 20 und 821 30.</i></p> <p>Erläuterungen: Einnahmen aus Veräußerung von Grundstücken mit Abführungspflicht gemäß Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 sowie Vermögensgesetz und Investitionsvorranggesetz.</p>					
132 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	100	100
			100		
<p>Weggefallene oder umgesetzte Titel</p>					
(125 10)	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit	0		
			0		
aus Titelgruppen:			12.255.000	12.906.000	10.664.500
Summe HGr. 1:			18.038.600	18.793.100	16.094.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(111 60)	011	Gebühren und tarifliche Entgelte		0	
(119 60)	011	Sonstige Einnahmen		203.698	
(124 60)	011	Mieten und Pachten		48.907	
(125 60)	871	Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit		0	
(132 60)	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände		0	

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Einnahmen der Titelgruppe 65 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 65.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 65 ist bis zur Erschöpfung des Vermögens im Folgejahr bei Titel 359 65 zu vereinnahmen.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens vorhandene Barmittelbestand des WGT-Liegenschaftsvermögens wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 65 vereinnahmt.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" ausgewiesen.

Die Titelgruppe 65 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen. Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Für das vom Land genutzte WGT-Liegenschaftsvermögen sind Nutzungsentgelte an die Titelgruppe 65, Kapitel 20 630 Titel 124 65 zu zahlen. Siehe Erläuterung bei Kapitel 20 630 Titel 518 10.

111 65	871	Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen	300.000	200.000	1.600.000
			546.222		
119 65	871	Sonstige Einnahmen	120.000	90.000	70.000
			93.764		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
124 65	871	Mieten und Pachten	240.000 1.968.967	1.800.000	1.780.000
129 65	871	Sonstige Erlöse	20.000 148.431	15.000	10.000
131 65	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	8.250.000 16.194.237	7.000.000	3.500.000
162 65	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	500.000 687.707	722.000	734.000
232 65	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0 0	0	0
342 65	871	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	1.300.000 3.366.306	3.900.000	3.700.000
356 65	950	Übernahme des Vermögenbestandes	0 0	0	0
359 65	871	Entnahme aus der Rücklage	21.610.000 21.735.124	24.055.000	24.469.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			32.340.000	37.782.000	35.863.000

TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche

*Die Einnahmen der Titelgruppe 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66.
Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand des Bestandskontos Bodenreform wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 66 vereinnahmt.
Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 66 ist in das Folgejahr bei Titel 359 66 zu übernehmen.
Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich der Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden.
Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung, Verpachtung oder Veräußerung von Grundstücken des Bodenreformvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
Gem. § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren vereinnahmter Veräußerungserlöse von den Einnahmen abgesetzt werden.
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.*

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt.
Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen.
Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.
Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform ist der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land sind diese zu verwalten und zu verwerten (Titelgruppe 67). Der Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) ist an die Titelgruppe 66 abzuführen.
Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

119 66	871	Sonstige Einnahmen	119.000 169.035	20.000	20.000
--------	-----	--------------------	--------------------	--------	--------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
121 66	871	Einnahmen aus dem Überschuss des Vorjahres der TG 67	72.000 666.000	202.000	50.000
124 66	871	Mieten und Pachten	14.000 26.861	9.500	3.000
131 66	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	285.000 2.848.428	17.500	17.500
356 66	950	Überführung des Vermögensbestandes	0 0	0	0
359 66	871	Entnahme aus der Rücklage	4.339.000 5.170.340	4.709.600	4.835.800
Nachrichtlich: Summe TGr. 66			4.829.000	4.958.600	4.926.300

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

Die Einnahmen der Titelgruppe 67 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 67.

Der bei der Auflösung und Überführung des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" vorhandene Barmittelbestand aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen wurde 2005 in voller Höhe in der Titelgruppe 67 vereinnahmt.

Das jeweilige Jahresergebnis bei Titel 919 67 ist in das Folgejahr bei Titel 359 67 zu übernehmen.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Titelgruppe 67 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Die Ansätze der Einnahmen sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten.

119 67	871	Sonstige Einnahmen	10.000 44.777	10.000	10.000
124 67	871	Mieten und Pachten	1.800.000 1.711.516	1.700.000	1.750.000
129 67	871	Sonstige Erlöse	10.000 84.491	10.000	10.000
131 67	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	500.000 1.490.635	1.100.000	1.100.000
162 67	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	15.000 38.550	10.000	10.000
356 67	871	Übernahme des Vermögensbestandes	0 0	0	0
359 67	950	Entnahme aus der Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)	292.000 886.153	1.002.000	850.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe TGr. 67 **2.627.000** **3.832.000** **3.730.000**

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen **39.796.000** **46.572.600** **44.519.300**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5.200 219	4.200	4.200
---------------	-----	--	---------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Geschäftsbedarf	150	150
2.	Bücher Zeitschriften	100	100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.600	3.600
4.	Sonstiges	350	350
	Summe	4.200	4.200

511 20	061	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	600 232	700	700
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Postgebühren	0	0
2.	Mobilfunkanschlüsse	300	300
3.	Fernmeldegebühren	400	400
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	700	700

Mehr wegen erwarteter höherer Ausgaben für die Funktelefone.

514 10	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0 270	0	0
---------------	-----	--	-----------------	----------	----------

517 10	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.600.000 1.103.053	1.300.000	1.150.000
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Für landeseigene bzw. in der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 116.528 qm Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Heizung	243.100	182.850
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	276.900	257.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	296.400	259.900
4.	Grundbesitzabgaben	209.300	197.800
5.	Bewachungskosten	19.500	12.650
6.	Sonstiges	254.800	239.200
	Summe	1.300.000	1.150.000

Weniger wegen Verkauf von Liegenschaften und in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2006.

518 10	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.800.000 1.797.050	1.780.600	1.796.200
---------------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 518 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Nutzungsentgelte für 2008 in Höhe von 1.690.000 EUR und für 2009 in Höhe von 1.705.600 EUR für vom Land genutzte WGT-Liegenschaften.
Siehe Erläuterung bei Titel 124 65.

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

	Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche in m ²	Jahresmiete 2008 in EUR	Jahresmiete 2009 in EUR
1.	Frankfurt (Oder), Beeskower Str.	100	600	600
2.	ehem. Fachhochschule in Bernau - Waldfrieden	259.832	90.000	90.000
	Summe	259.932	90.600	90.600

Weniger in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2006.

518 20	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	0
			0		

519 10	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	40.000	42.000	42.000
			33.453		

Erläuterungen:

Hier sind nur Ausgaben zu veranschlagen, deren Ausführung keines bautechnischen Sachverständiges bedarf; ansonsten Titel 519 20.

		2008 EUR	2009 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	42.000	42.000
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
	Summe	42.000	42.000

Mehr wegen steigender Aufwendungen für die Objektsicherung und die Beseitigung von Schäden an Gebäuden und baulichen Anlagen.

526 10	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	16.700	45.000	43.000
			26.574		

Erläuterungen:

Ausgaben für Wertermittlungen bei bebauten und unbebauten Grundstücken im Falle des Erwerbs oder der Veräußerung, sowie Aufwendungen in Rechtsstreitigkeiten (z. B. bei Erbschaften) des Landes.

Mehr in Anpassung an das Ist-Ergebnis 2006 und Zunahme des Rechtsstreitrisikos.

527 10	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
			0		

537 10	061	Entwicklung, Verwaltung und Verwertung landeseigener Grundstücke	0	50.000	25.000
			0		

Einnahmen bei Titel 131 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten (z. B. für Bauvoranfragen) für Grundstücke, die im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. Verwertung entstehen. Diese Haushaltsmittel können auch für Dienstleistungen einer landeseigenen Gesellschaft verwendet werden. Dazu können im Einzelfall Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Bauunterhaltung (insbesondere zur Verkehrssicherung) und umfassende Bestandsaufnahmen sowie Entwicklungsplanungen zur Herstellung der Verwertbarkeit gehören.

Vorbereitung von Grundstücken für die Verwertung durch Rückbau- und Erschließungsmaßnahmen zur Herstellung von Baugrundstücken für Einfamilien-/Doppelhäuser in Teltow.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

546 10	061	Sonstiges	13.000 10.856	15.800	15.800
--------	-----	-----------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Gebühren für Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter einschließlich LIKA-Online. Mehr wegen steigendem Bedarf an Flurkarten durch forcierte Verwertung.

546 20	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	0 1.015	0	0
--------	-----	--	------------	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(525 10)	061	Aus- (und Fort)bildung	0 0		
----------	-----	------------------------	--------	--	--

aus Titelgruppen: 12.355.800 15.304.300 15.852.800

Summe HGr. 5: 15.831.300 18.542.600 18.929.700

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 13	871	Erstattungen an Dritte nach dem Vermögensgesetz bzw. dem Vermögenszuordnungsgesetz	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Angaben dürfen bis zur Höhe der aufkommenden Einnahmen bei Titel 131 13 geleistet werden.

Erläuterungen:

Das Land ist verpflichtet, bei eventuellen Ansprüchen Dritter, die denen des Landes vorgehen, bereits im Titel 131 13 (Kapitel 20 630) vereinnahmte Erlöse auf Verlangen der Berechtigten entsprechend ihrem Anspruch herauszugeben.

aus Titelgruppen: 1.077.000 1.107.000 855.000

Summe HGr. 6: 1.077.000 1.107.000 855.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

821 10	871	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	3.615.000 5.850.916	2.704.500	26.000.000
--------	-----	---	------------------------	-----------	------------

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass bei einem Grundstückstausch die Einnahmen auf die Ausgaben angerechnet werden. Verbleibende Spitzenbeträge sind beim Einnahmetitel 131 10 bzw. beim Ausgabebetitel nachzuweisen.

Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen aus Rückzahlungen von in früheren Haushaltsjahren geleisteter Ausgaben insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Ausgaben abgesetzt werden.

Siehe Vermerke Nr. 5 bei Titel 131 10.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Grundstückserwerb bei Kapitel 12 020 Titel 331 61 geleistet werden.

Von dem Ansatz sind bis zu 102.300 EUR zweckgebunden einzusetzen für Flächenankäufe in Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 69 BbgNatSchG; 75.000 EUR für die Leistung von Ausgleichszahlungen nach dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz. Siehe Vermerk Nr. 2 bei Titel 821 20 und Titel 821 30.

Verpflichtungsermächtigungen:

	2008 EUR	2009 EUR
Betrag:	6.500.000	
davon fällig:		
2009 bis zu	6.500.000	
2010 bis zu		
2011 bis zu		
2012 ff. bis zu		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 821 10

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2006 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2007 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2008 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2009 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2008					
2009			6.500.000		6.500.000
2010					
2011					
2012 ff.					
Summen			6.500.000		6.500.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für Einrichtungen des Landes sowie in begrenztem Umfang für Flächen für Zwecke des Naturschutzes. Es sind Ausgaben vorgesehen, sofern Zahlungsverpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr bzw. Auskehr des Verkehrswertes aufgrund Zuordnungsvereinbarungen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz und gütlicher Einigungen nach dem Vermögensgesetz bestehen. Der Bund beteiligt sich nach dem Hochschulbauförderungsgesetz am Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen zu 50 v. H. an den dem Land entstandenen Ausgaben nach Maßgabe des Rahmenplans. Die Einnahmen hieraus sind bei Kapitel 12 020 Titel 331 61 nachgewiesen.

Der Ansatz im Haushaltsjahr 2009 beinhaltet u.a. eine einmalige Zahlung i. H. v. 10 Mio EUR Grunderwerbskosten für den Landtagsneubau. Der Zahlungstermin steht in Abhängigkeit der Bereitstellung des baureifen Grundstückes in 2009.

Die Verpflichtungsermächtigungen ist erforderlich für die Abgabe einer verbindlichen Erwerbs-Erklärung des Landes an den Eigentümer zum Erwerb der Häuser 2 und 3 in Groß-Glienicke zur endgültigen Unterbringung des Landesumweltamtes (LUA).

821 20	062	Abführungen an den Entschädigungsfonds	0	0	0
			17.694		

Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 11 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 herangezogen wird, sind Ausgaben zu leisten.

821 30	062	Verpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr	0	0	0
			4.423		

Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 31 Abs. 5 Vermögensgesetz sowie § 16 Investitionsvorrangsgesetz zur Auskehr des Verkehrswertes bzw. Verkaufserlöses verpflichtet ist, sind Ausgaben zu leisten.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(811 10)	871	Erwerb von Fahrzeugen	0		
			0		
(812 10)	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	0		
			0		

aus Titelgruppen: 25.600 6.500 0

Summe HGr. 8: 3.640.600 2.711.000 26.000.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Liegenschaften des Verwaltungsgrundvermögens in der Haus- und Grundbesitzverwaltung der Liegenschafts- und Bauämter (u.a. Landesbehördenzentren)

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(511 60)	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation		173	
(514 60)	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.		32.753	
(517 60)	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		642.725	
(518 60)	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge		4.457	
(519 60)	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen		18.628	
(525 60)	061	Aus- und Fortbildung		0	
(526 60)	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		0	
(537 60)	061	Entwicklungskosten für Grundstücke		0	
(546 60)	061	Vermischte Ausgaben		0	
(811 60)	871	Erwerb von Dienstfahrzeugen		0	
(812 60)	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen		0	

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		
Angaben in EUR					

TGr. 65 WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 vH einer Rücklage bei Titel 919 65 zugeführt werden.

Das jeweilige Jahresergebnis ist bis zur Erschöpfung des Vermögens in das Folgejahr zu übertragen.

Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 65, insbesondere zur Finanzierung der Verpflichtungen und Risiken des WGT-Liegenschaftsvermögens im AGV, zu verwenden.

Erläuterungen:

Mit dem "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen" vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen

- Teil: WGT-Liegenschaften - zuzurechnende Vermögensmasse wird in der Titelgruppe 65 "WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV" im Kapitel 20 630 ausgewiesen.

Über das WGT-Liegenschaftsvermögen ist gem. § 8 WGT-LVG spätestens am 01.07.2009 eine Schlussrechnung zu fertigen. Nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Beräumung von den auf den Grundstücken befindlichen Belastungen erhalten die Landkreise und die Gemeinden des Landes Brandenburg jeweils 25 vH der verbleibenden Erlöse.

Ausgaben werden geleistet für:

- Verkehrssicherungsmaßnahmen, Bewachung, Grundbesitzabgaben und weitere Bescheide, Betriebskosten
- Durchführung unvermeidbarer Instandhaltungsarbeiten
- Wertgutachten, Vertragsmanagement, Sachverständigen- und Gerichtskosten
- Sanierungsuntersuchungen und -planungen, Altlastensanierungs- und Abfallentsorgungsmaßnahmen, partielle Kampfmittelräumungen
- Zahlungen für die Bewirtschaftung der Forst- und Forstfreiflächen an das MLUV
- Grundstücksneubildung, Marktfähigkeit, Marketing, Entwicklungsprojekte, Rückbaumaßnahmen, Ökopoolprojekte
- Ausgaben für Nebenkosten im Geldverkehr
- Vergütung
- Erstattungen für bestehende und zu erwartende kaufvertragliche Verpflichtungen für Altlastensanierungen, Abfallbeseitigungen und Kampfmittelräumungen, Rückabwicklung von Kaufverträgen

517 65	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.750.000 1.829.940	1.600.000	1.450.000
519 65	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	45.000 155.432	40.000	30.000
526 65	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	210.000 143.478	200.000	180.000
532 65	871	Gefahrenabwehr Umwelt	2.650.000 3.614.730	3.000.000	2.800.000
533 65	871	Ausgaben für Forsten	70.000 173.254	50.000	10.000
537 65	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	1.700.000 3.789.813	4.900.000	6.300.000
546 65	871	Vermischte Ausgaben	5.000 1.751	5.000	5.000
547 65	871	Vergütungen von Dienstleistungen	3.300.000 3.900.000	2.618.000	2.261.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
631 65	871	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0 0	0	0
671 65	871	Erstattungen an Inland	1.000.000 2.795.205	900.000	800.000
919 65	950	Zuführung an die Rücklage	21.610.000 28.337.154	24.469.000	22.027.000
Nachrichtlich: Summe TGr. 65			32.340.000	37.782.000	35.863.000
TGr. 66 Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche					
<p><i>Die Einnahmen der Titelgruppe 66 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 66. Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig. Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 v. H. einer Rücklage bei Titel 919 66 zugeführt werden. Die Rücklagen sind ausschließlich zum Ausgleich von Mindereinnahmen und Mehrausgaben der Titelgruppe 66 zu verwenden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i></p>					
Erläuterungen:					
<p>Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 20.04.2004 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landeshaushalt überführt. Der Bund hat sich gem. Artikel 233 § 16 Abs. 1 Satz 3 EGBGB vorbehalten, über eine endgültige Aufteilung des Bodenreformvermögens zwischen Bund und den neuen Ländern durch ein besonderes Bundesgesetz zu entscheiden. Daher ist das Bodenreformvermögen getrennt vom übrigen Landesvermögen aufzuführen. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Bodenreformvermögen aus der Durchsetzung der Ansprüche - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen. Mit der Durchsetzung der Ansprüche des Landes aus der Abwicklung der Bodenreform ist der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen beauftragt. Nach der Übertragung der Bodenreformgrundstücke auf das Land sind diese zu verwalten und zu verwerten (Titelgruppe 67). Der Überschuss des Vorjahres aus der Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus der Bodenreform (Titelgruppe 67) ist an die Titelgruppe 66 abzuführen. Die Titelgruppe 66 stellt einen eigenständigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.</p>					
511 66 neu	871	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		10.000	10.000
517 66	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	22.300 28.686	24.000	21.000
526 66	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	69.000 114.082	76.800	75.300
546 66	871	Sonstige Verwaltungsausgaben	2.500 4.920	5.500	5.500
812 66	871	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25.600 15.515	6.500	0
919 66	950	Zuführung zur Rücklage	4.709.600 8.705.494	4.835.800	4.814.500

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		

Angaben in EUR

Nachrichtlich: Summe TGr. 66 **4.829.000** **4.958.600** **4.926.300**

TGr. 67 Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen

Die Einnahmen der Titelgruppe 67 dienen der Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 67.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind untereinander deckungsfähig.

Die am Jahresende verbleibenden Einnahmen bzw. Minderausgaben bilden das Jahresergebnis und dürfen zu 100 v. H. einer Rücklage bei Titel 919 67 zugeführt werden.

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verwertung der Liegenschaften der Truppen vom 20.04.2004 wird das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zum 31.12.2004 aufgelöst und in den Landshaushalt überführt. Die bisher dem Sondervermögen - Teil: Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften aus dem Bodenreformvermögen - zuzurechnende Vermögensmasse wird in dieser Titelgruppe ausgewiesen.

Die Titelgruppe 67 stellt einen eigenständigen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Deckungskreis dar.

Der Überschuss des Vorjahres wird an die Titelgruppe 66 Titel 121 66 abgeführt.

Die Ansätze der Ausgaben sind Schätzwerte und beruhen auf Erfahrungswerten.

517 67	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	420.000 418.603	400.000	380.000
519 67	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60.000 171.384	50.000	50.000
526 67	871	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	60.000 88.134	50.000	50.000
532 67	871	Gefahrenabwehr Umwelt	5.000 5.500	5.000	5.000
533 67	871	Ausgaben für Forsten	5.000 11.817	5.000	5.000
537 67	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	10.000 4.318	10.000	10.000
546 67	871	Vermischte Ausgaben	5.000 3.969	5.000	5.000
547 67	871	Vergütungen von Dienstleistungen	1.967.000 2.135.047	2.250.000	2.200.000
671 67	871	Erstattungen an Inland	5.000 10.576	5.000	5.000
697 67	871	Vermögensübertragung aus Überschussbeteiligung an TG 66	72.000 666.000	202.000	50.000
919 67	950	Zuführung an die Rücklage (Liquiditätssicherungskonto)	18.000 740.772	850.000	970.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
 20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 67	2.627.000	3.832.000	3.730.000
-------------------------------------	------------------	------------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	39.796.000	46.572.600	44.519.300
---	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	18.038.600	18.793.100	16.094.600
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.541.000	33.666.600	33.854.800
Gesamteinnahme		45.579.600	52.459.700	49.949.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	15.831.300	18.542.600	18.929.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.077.000	1.107.000	855.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3.640.600	2.711.000	26.000.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	26.337.600	30.154.800	27.811.500
Gesamtausgabe		46.886.500	52.515.400	73.596.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-1.306.900	-55.700	-23.646.800

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

325 10	920	Schuldenaufnahmen auf dem Kapitalmarkt	560.000.000	207.896.200	106.876.700
			354.266.246		

Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abgelaufenen Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.

Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen Rückführung der Kreditaufnahmen.

Summe HGr. 3:	560.000.000	207.896.200	106.876.700
---------------	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.000	30.800	40.800
			5.690		

Erläuterungen:

			2008	2009
			EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf		0	
2.	Bücher, Zeitschriften		0	
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		0	
4.	Sonstiges		30.800	40.800
Summe			30.800	40.800

Für die Wartung und Pflege des DV-Verfahrens für die Schuldenverwaltung und des Renditeprogramms für die Schuldenaufnahme.

Mehr wegen steigender Pflegekosten im Rahmen der Weiterentwicklung des neuen Fachverfahrens für die Schuldenverwaltung.

527 30	920	Reisekosten im direkten Zusammenhang mit der Begebung von Anleihen	7.000	20.000	20.000
			13.250		

Erläuterungen:

Ausgaben für die notwendige Reisetätigkeit zur Absicherung des Absatzes von Anleihen.

531 30	011	Nachrichtenagentur- und Informationsdienste	52.400	55.000	56.000
			50.564		

Erläuterungen:

Mehr wegen Preisanpassung des Anbieters.

538 10	920	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes der Schuldenverwaltung und des Kreditreferates	155.000	100.000	60.000
			68.503		

Erläuterungen:

Weniger wegen Abschluss erster Anpassung an das Vor- bzw. Auswertungsverfahren im Rahmen des Fachverfahrens der Schuldenverwaltung (Portfoliomanagement, Schnittstelle SAP).

546 20	920	Ausgaben für Beratung, Rating und sonstige Dienstleistungen Außenstehender	528.900	475.400	480.400
			416.234		

Erläuterungen:

Ausgaben für Ratings durch internationale Ratingagenturen. Diesen Ratings wird große Bedeutung am Kapitalmarkt beigemessen.

			2008	2009
			EUR	EUR
1.	Fachverfahren			
1.1	MTN - Programm zur Begebung von Anleihen		32.400	32.400
1.2	Moody's - Rating		180.000	180.000
1.3	Standard & Poor's - Rating		185.000	190.000
1.4	Beratung - Schuldenmanagement		75.000	75.000
1.5	Sonstiges		3.000	3.000
<i>Summe zu 1.</i>			<i>475.400</i>	<i>480.400</i>
Summe			475.400	480.400

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	

noch zu 546 20

Weniger wegen Vertragsrevision.

575 10	920	Zinsen für Kreditmarktmittel	844.858.700	840.142.400	893.849.300
			777.159.171		

Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 575 20 und Kapitel 20 020 Titel 571 10.

Erläuterungen:

Mehr wegen erhöhtem Schuldenstand.

575 20	920	Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie Nebenkosten	8.200.000	35.900.000	18.400.000
			613.876		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Der Ansatz wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten und der geplanten Kreditaufnahme geschätzt.

Summe HGr. 5:			853.815.000	876.723.600	912.906.500
---------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	560.000.000	207.896.200	106.876.700
--------	---	-------------	-------------	-------------

Gesamteinnahme		560.000.000	207.896.200	106.876.700
-----------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	853.815.000	876.723.600	912.906.500
--------	---	-------------	-------------	-------------

Gesamtausgabe		853.815.000	876.723.600	912.906.500
----------------------	--	--------------------	--------------------	--------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-293.815.000	-668.827.400	-806.029.800
--------------------------------------	--	---------------------	---------------------	---------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007 Ist 2006	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	018	Einnahmen aus der Einzahlung von Versorgungszuschlägen durch beurlaubte Beamte	600.000 610.021	600.000	600.000
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 1:	600.000	600.000	600.000
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Erläuterungen:

Zu den Titeln 231 10 - 233 10:

Veranschlagt sind:

Einnahmen aus Beteiligung abgebender Dienstherrn an den Versorgungslasten des Landes in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres vom Bund oder einem anderen Dienstherrn auf Grund §§ 107 b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes.

231 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	2.980.000 2.229.047	3.149.000	3.273.000
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

232 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	4.308.000 6.590.054	4.553.000	4.731.000
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Zunahme der Anzahl der Versorgungsempfänger.

232 11	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch "Sonstige"	31.000 101.630	85.000	85.000
---------------	-----	---	--------------------------	---------------	---------------

233 10	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	178.000 167.379	188.000	196.000
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Summe HGr. 2:	7.497.000	7.975.000	8.285.000
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

424 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Minister, Beamte und Richter"	6.636.900	6.636.900	6.636.900
			6.683.777		

Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 421 und 422 fließen diesem Titel zu.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 421 und 422 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungsanpassungen zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amtsbezüge der Mitglieder der Landesregierung.

Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgungen ab dem Jahre 2018 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der Investitionsbank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

431 10	018	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten und der Minister sowie deren Hinterbliebenen	472.300	500.000	500.000
			677.468		

Erläuterungen:

Eine Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger befindet sich im Vorwort des Einzelplanes.

434 10	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebenen"	698.900	850.300	998.800
			501.885		

Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 431 und 432 fließen diesem Titel zu.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 431 und 432 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern der Aufbau von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Versorgungsanpassungen zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amtsversorgungsbezüge der Mitglieder der Landesregierung. Mit der Versorgungsrücklage soll die Finanzierung der Versorgungen ab dem Jahre 2018 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der Investitionsbank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

443 10	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	41.000	200.000	200.000
			232.979		

Erläuterungen:

Mehr wegen Aufnahme weiterer Fürsorgefälle mit erheblichen Kostenerstattungen und in Anpassung an das Ist 2006.

446 10	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften (Epl. 01, 02, 07, 08, 10, 11, 13, 14)	768.500	960.600	970.000
			597.411		

Erläuterungen:

Zu den Titeln 446 10 - 446 15:

Die Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfavorschriften werden seit dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
446 11	048	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)	1.839.600 1.507.128	2.575.400	2.700.500
446 12	058	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)	880.800 689.264	921.300	980.000
446 13	068	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)	265.300 180.294	344.900	450.000
446 14	118	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Schulen (Epl. 05)	700.800 684.356	890.000	970.000
446 15	138	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)	270.000 300.466	348.700	420.500
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(435 10)	018	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebenen	0 0		
(436 10)	018	Versorgungsbezüge der Arbeiter und deren Hinterbliebenen	0 0		
Summe HGr. 4:			12.574.100	14.228.100	14.826.700
HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
631 10	229	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	150.000.000 143.030.841	140.000.000	140.000.000
Erläuterungen:					
Erstattungen an den Bund nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBl. I 1991, S. 1677) für Kosten aus dem ehemaligen Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs, sowie der Rentenversicherungsbeiträge nach § 9 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vom 25.07.1991, sowie Verwaltungskosten, die das Bundesversicherungsamt geltend macht. Die Mittel werden vom Ministerium des Innern bewirtschaftet.					
631 11	229	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	282.600.000 282.868.096	276.096.000	267.618.000
Erläuterungen:					
Nach § 15 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (BGBl. Teil I Seite 1677 von 1991) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme in Höhe von zwei Dritteln von den neuen Ländern erstattet. Der Bund und die neuen Länder haben sich Ende November 2006 im Rahmen der Verhandlungen zum Korb 2 des Solidarpaktes II zur künftigen Höhe der Verpflichtungen der neuen Länder aus den Sonder- und Zusatzversorgungungen der DDR verständigt. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie bewirtschaftet. Weniger wegen Entlastung Brandenburgs aufgrund der Erhöhung des Finanzierungsanteils des Bundes von 33,3 v.H. auf 36,0 v.H. im Jahr 2008 und auf 38,0 v.H. im Jahr 2009.					
632 10	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an Länder	20.200 32.024	20.200	20.200
Erläuterungen:					
Ausgaben für die Beteiligung an Versorgungslasten aufnehmender Dienstherren (Länder) in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres auf Grund §§ 107 b, 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes.					

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Ist 2006	Angaben in EUR	
632 11	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an "Sonstige"	41.800 14.749	41.800	41.800
Summe HGr. 6:			432.662.000	416.158.000	407.680.000
HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben					
919 20 neu	950	Zuführung an die allgemeine Versorgungsrücklage des Landes		0	0
<i>Ausgaben sind nach Maßgabe eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens einer allgemeinen Versorgungsrücklage zulässig und soweit durch Mehreinnahmen bei Kapitel 20 020 Titel 351 10 gedeckt.</i>					
Summe HGr. 9:				0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	600.000	600.000	600.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7.497.000	7.975.000	8.285.000
Gesamteinnahme		8.097.000	8.575.000	8.885.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	12.574.100	14.228.100	14.826.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	432.662.000	416.158.000	407.680.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0	0
Gesamtausgabe		445.236.100	430.386.100	422.506.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-437.139.100	-421.811.100	-413.621.700

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2007 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2006 EUR	2008 EUR	2009 EUR
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben					
099 10	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage aus dem Landeshaushalt Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Erläuterungen Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 10 und 434 10 des Landeshaushaltsplanes.	7.335.758 7.185.662,20	7.487.191	7.635.690
099 20	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.	148.000 23.998,52	188.000	188.000
099 30	018	Zuführung der Versorgungsrücklage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.	4.300 4.160,00	4.300	4.700
Übrige Einnahmen					
134 10	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel - Wertpapieranlage - Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Erläuterung Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus der Rückzahlung von angelegten Wertpapieren- gebucht.	- -	1.000.000	8.200.000
134 20	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel - sonstige Anlagen - Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20. Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital - aus dem Rückfluss von sonstigen angelegten Mitteln - gebucht.	720.683 658.542,86	282.250	326.900
154 10	018	Zinseinnahmen aus Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 546 10, 546 20, 546 30, 831 10, 831 20, 671 10.	1.866.259 1.639.375,00	2.427.125	2.723.875
154 20	018	Zinseinnahmen aus sonstigen Anlagen Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20.	15.000 23.915,89	15.000	15.000
Gesamteinnahmen			10.090.000 9.535.654,47	11.403.866	19.094.165

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2007 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2006 EUR	2008 EUR	2009 EUR
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
546 10	018	Depotgebühren für Wertpapiere aus dem Landeshaushalt Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	9.794 7.940,31	9.794	9.794
546 20	018	Depotgebühren für Wertpapiere der Deutschen Rentenversicherung Berlin - Brandenburg Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	200 195,00	200	200
546 30	018	Depotgebühren für Wertpapiere der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	6 5,00	6	6
575 10	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für den Landeshaushalt Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	147.925 10.093,06	187.325	187.325
575 30	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Deutsche Rentenversicherung Berlin- Brandenburg Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	2.000 33,33	2.540	2.540
575 40	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.	75 3,752	75	75
634 10	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landeshaushalt Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-
634 20	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Deutsche Rentenversicherung Berlin - Brandenburg Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-
634 30	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Die Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2017 gesperrt.	- -	-	-

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10
Titel 434 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2007 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2006 EUR	2008 EUR	2009 EUR
671 10	661	Renditeanteil der ILB Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden. Erläuterung Die Entnahme für die ILB erfolgt gemäß § 2 Abs. 5 Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der ILB und dem MdF vom 15.06.1999.	20.000 80.040,00	20.000	40.000
Sonstige Ausgaben für Investitionen					
831 10	018	Ausgaben zur Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20.	9.140.000 8.739.150,00	10.857.026	18.487.325
831 20	018	Ausgaben für sonstige Anlagen Haushaltsvermerk Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20.	770.000 698.194,02	326.900	366.900
Gesamtausgaben			10.090.000 9.535.654,47	11.403.866	19.094.165

Haushaltsübersicht 2008

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2008	2009	2010	2011	2012 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
20 020	Allgemeine Bewilligungen						
	Titel aus Titelgruppe 62						
526 62	Sachverständige	1.000,0	1.000,0				
20 030	Kommunaler Finanzausgleich						
613 14	Ausgleichsfonds	34.000,0	21.000,0	13.000,0			
20 050	E-Government						
	Titel aus Titelgruppe 70						
812 70	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7.000,0	3.000,0	2.000,0	2.000,0		
	Titel aus Titelgruppe 71						
633 71	Zuweisungen zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur	350,0	350,0				
20 630	Liegenschaftsvermögen						
821 10	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	6.500,0	6.500,0				
	Zusammen	48.850,0	31.850,0	15.000,0	2.000,0		

Haushaltsübersicht 2009

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2008	2009	2010	2011	2012 ff.		
							1.000 EUR		
1	2		3	4	5	6	7		
20 020	Allgemeine Bewilligungen								
	Titel aus Titelgruppe 62								
526 62	Sachverständige		1.000,0						
20 030	Kommunaler Finanzausgleich								
613 14	Ausgleichsfonds		34.000,0	44.000,0	26.000,0	18.000,0			
20 050	E-Government								
	Titel aus Titelgruppe 70								
812 70	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		7.000,0						
	Titel aus Titelgruppe 71								
633 71	Zuweisungen zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur		350,0	350,0	350,0				
20 610	Kapitalvermögen								
	Titel aus Titelgruppe 60								
831 60	Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)			17.760,0	17.760,0				
20 630	Liegenschaftsvermögen								
821 10	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken		6.500,0						
	Zusammen		48.850,0	62.110,0	44.110,0	18.000,0			